



SOUTH DAKOTA
**Elternrechte
und
Verfahrensgarantien**

Ihr Ansprechpartner für Sonderpädagogik im Schulbezirk

Bezirk: *Bitte tragen Sie hier die folgenden Informationen ein oder bringen Sie den Aufkleber an.*

Kontakt Bezirk:

Telefonnummer:

Email-Adresse:

Bildung ist eine der wichtigsten Aufgaben, die Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder haben. **Sonderpädagogische** Dienste für Schüler im Alter von 3 bis 21 Jahren können eine Option für Eltern sein, wenn ihre Kinder aufgrund einer Behinderung Schwierigkeiten beim Lernen haben. Wenn Sie sehen, dass Ihr Kind akademische, soziale oder emotionale Probleme hat, sollten Sie mit dem Schulpersonal zusammenarbeiten, um herauszufinden, wie Sie Ihrem Kind helfen können. Nicht alle Kinder, die sich in der Schule schwer tun, haben Anspruch auf sonderpädagogische Förderung.

Dieses Dokument soll Ihnen wichtige grundlegende Informationen über Ihre Rechte als Eltern eines **behinderten Kindes** in South Dakota geben. Bitte lesen Sie es sorgfältig. Wenn Sie Fragen haben oder Hilfe bei Verständnis der staatlichen Sonderschulvorschriften benötigen, wenden Sie sich an eine der am Ende dieses Dokuments aufgeführten Organisationen, an den Superintendenten Ihres örtlichen Schulbezirks oder einen entsprechenden Vertreter.

Der Individuals with Disabilities Education Act (IDEA) ist das Bundesgesetz, das die Schulen verpflichtet, sonderpädagogische Leistungen zu erbringen, und das die von den Schulen zu befolgenden Verfahren festlegt. Auch die Gesetze der einzelnen Bundesstaaten enthalten Vorschriften für die Bereitstellung von Diensten für Schüler der Sonderpädagogik. Wenn Sie Eltern eines Kindes mit einer Behinderung im Sinne des IDEA sind, ist dieses Handbuch Ihr Hinweis auf Verfahrensgarantien und erklärt Ihnen die Grundsätze und Anforderungen der Sonderpädagogik.

**** Die fettgedruckten Wörter in diesem Dokument finden Sie auf der letzten Seite mit den Akronymen und Definitionen.**

Die Elternrechte, die Sie als Eltern eines behinderten Kindes haben, werden in diesem Dokument beschrieben und sind auch in den Verwaltungsvorschriften für Sonderpädagogik von South Dakota (**Administrative Rules of South Dakota - ARSD**), [Artikel 24:05](#) enthalten. Spezifische Zitate zu Verwaltungsvorschriften sind an entsprechender Stelle aufgeführt. Da diese Verfahrensgarantien im Rahmen des IDEA vorgeschrieben sind, wird in diesem Dokument als zusätzlicher Hinweis auf [Teil B des IDEA \(34 CFR Teil 300\)](#) verwiesen.

Dies ist eine Zusammenfassung der Bestimmungen zur Sonderpädagogik im Rahmen der Gesetze des Bundesstaates South Dakota und von **Teil B** des IDEA (34 **CFR** Teil 300), einem Bundesgesetz. Den genauen Wortlaut entnehmen Sie bitte den Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen.

RESSOURCEN

SD Bildungsministerium	SD Parent Connection	Rechte von Behinderten in SD
SD Department of Education Special Education Programs 800 Governors Drive Pierre, SD 57501-2294 Telefon - (605) 773-3678 Fax - (605) 773-3782 https://doe.sd.gov/sped/	3701 W. 49th Street, Suite 102 Sioux Falls, SD 57106 1-800-640-4553 www.sdparent.org	Disability Rights of South Dakota 2520 East Franklin Pierre, SD 57501 1-800-658-4782 (Telefon/TTY) oder (605) 224-8294 https://drsdlaw.org/

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Informationen	5
Hinweis zu Verfahrensgarantien	5
Beteiligung der Eltern	5
Zustimmung der Eltern	6
Definition eines Elternteils	6
Zustimmung zur erstmaligen Beurteilung.....	6
Definition des Begriffs Mündel des Staates.....	7
Definition des Begriffs Ersatzelternteil	7
Zustimmung zu Leistungen.....	7
Zustimmung zu Neubeurteilungen.....	8
Andere Zustimmungsanforderungen	8
Vorherige schriftliche Benachrichtigung.....	9
Unabhängige Bildungsbeurteilung	10
Bildungsunterlagen.....	11
Bildungsunterlagen.....	11
Vertraulichkeit von Informationen und Zugang zu Bildungsunterlagen	11
Benachrichtigung der Eltern über und Zugang zu vertraulichen Informationen.....	11
Änderung von Aufzeichnungen auf Antrag der Eltern	15
Verweisung an und Maßnahmen durch Strafverfolgungs- und Justizbehörden sowie Übermittlung von Unterlagen	16
Von den Eltern veranlasste Unterbringung von Kindern in einer Privatschule.....	16
Von den Eltern in Privatschulen untergebrachte Kinder, wenn eine FAPE nicht in Frage kommt	16
Von den Eltern in Privatschulen untergebrachte Kinder, wenn eine FAPE in Frage kommt	17
Disziplinierung von Schülern mit Behinderungen	18
Disziplinierung von Schülern mit Behinderungen	18
Disziplinarischer Wechsel der Platzierung	19
Manifestationsfeststellung und mögliche Ergebnisse.....	19
Besondere Umstände und mögliche Ergebnisse	20
Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren in Zusammenhang mit der Disziplinierung von Schülern mit Behinderungen	21
Schutz für Kinder, die als nicht anspruchsberechtigt eingestuft werden	22
Staatliche Konfliktlösungsverfahren	23

Schriftliche Beschwerden auf staatlicher Ebene	23
Mediationen.....	25
Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren	26
Unparteiische Anhörung im Rahmen eines ordnungsgemäßen Verfahrens	26
Rechte bei der Anhörung - ARSD 24:05:30:12.....	27
Zusätzliche Offenlegung von Informationen - ARSD 24:05:30:12.01	27
Rechte der Eltern bei Anhörungen.....	28
Anhörungsentscheidungen - ARSD 24:05:30:10.01.....	28
Unparteiischer Anhörungsbeauftragter - ARSD 24:05:30:10.....	28
Fristen für die Anhörung.....	29
Der Status des Kindes während des Verfahrens ("Stay-Put")	
- 34 CFR 300.518; ARSD24:05:30:14.....	29
Hinlänglichkeit der Beschwerde - ARSD 24:05:30:08.04.....	30
Antwort des Schulbezirks auf eine Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren, die von einem Elternteil eingereicht wurde.....	30
Antwort der anderen Partei auf eine Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren	31
Meeting zur Lösungsfindung - 34 CFR 300.510; ARSD 24:05:30:08.12	31
30-Tage-Frist zur Lösungsfindung.....	32
Anpassung der 30-Tage-Frist für die Lösungsfindung - ARSD 24:05:30:08.14.....	32
Schriftliche Einigungsvereinbarung - ARSD 24:05:30:08.15.....	33
Gegenstand der Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren	
- ARSD 24:05:30:09.05.....	33
Endgültigkeit der Entscheidung.....	33
Zivilklagen - 34 CFR 300.516; ARSD 24:05:30:11	33
Anwaltshonorare - 34 CFR 300.517; ARSD 24:05:30:11.01	34
Feststellungen und Entscheidungen für das Beratungsgremium und die Öffentlichkeit.....	35
Übertragung der elterlichen Rechte.....	35
Übertragung der elterlichen Rechte bei Volljährigkeit	35
Akronyme und Definitionen	36

Allgemeine Informationen

Hinweis zu Verfahrensgarantien

34 CFR 300.504(a) & (b); ARSD 24:05:30:06.01

Ein Exemplar der Mitteilung über Verfahrensgarantien muss Ihnen, den Eltern eines Kindes mit einer Behinderung, mindestens einmal pro Schuljahr ausgehändigt werden. Eine Kopie muss außerdem an Sie ausgehändigt werden:

1. Bei der ersten Empfehlung oder Ihrem ersten Antrag für eine Beurteilung Ihres Kindes;
2. Auf Ihren Antrag hin;
3. Wenn Ihr Kind in einer Weise diszipliniert wird, die die Einstufung Ihres Kindes verändern könnte;
4. Nachdem Sie zum ersten Mal in einem Schuljahr eine staatliche Beschwerde oder eine Anhörungsbeschwerde zu einem **ordnungsgemäßen Verfahren** eingereicht haben.

Eine Kopie des Hinweises zu Verfahrensgarantien kann auch auf der Website des Schulbezirks veröffentlicht werden.

Was sind Verfahrensgarantien?

- Verfahrensgarantien legen die Grundregeln fest, wie Sie mit der Schule interagieren.
- Eine der wichtigsten Verfahrensgarantien ist das Recht auf Beteiligung an der Erziehung Ihres Kindes.
- Wenn Sie mit einer Entscheidung der Schule nicht einverstanden sind, haben Sie verschiedene Möglichkeiten der Streitbeilegung, darunter auch ordnungsgemäße Verfahren (siehe Seite 29).

Beteiligung der Eltern

34 CFR 300.322; ARSD 24:05:25:16

"Beteiligung" bedeutet, dass Ihnen die Möglichkeit gegeben wurde, an der Entscheidungsfindung teilzunehmen und am IEP-Team-Meeting teilzunehmen. Der Schulbezirk hat die Eltern rechtzeitig benachrichtigt, damit sie teilnehmen können, und zwar zu einem einvernehmlich festgelegten Zeitpunkt.

- Eltern haben das Recht, an Meetings teilzunehmen, die sich mit der Bewertung, Identifizierung sowie Einstufung ihres Kindes und der Bereitstellung von kostenloser, angemessener öffentlicher Bildung (Free Appropriate Public Education, FAPE) befassen.
- Eltern haben das Recht, jederzeit ein IEP Meeting zu beantragen, um den IEP zu überprüfen und bei Bedarf zu überarbeiten.

IEP-Team

ARSD 24:05:27:01.01

Jeder Schulbezirk stellt sicher, dass dem IEP-Team für jeden Schüler mit Behinderungen die folgenden Mitglieder angehören:

- (1) Die Eltern des Schülers;
- (2) Mindestens ein Regelschullehrer des Schülers, wenn der Schüler an der Regelschule teilnimmt oder teilnehmen kann;
- (3) Mindestens ein Lehrer für Sonderpädagogik des Schülers oder ggf. mindestens ein Sonderpädagogischer Betreuer des Schülers;
- (4) Ein Vertreter des Schulbezirks, der:
 - (a) qualifiziert ist, speziell auf die besonderen Bedürfnisse von Schülern mit Behinderungen zugeschnittenen Unterricht zu erteilen oder dessen Erteilung zu überwachen;
 - (b) sich mit dem allgemeinen Lehrplan auskennt; und
 - (c) über die Verfügbarkeit von Ressourcen des Schulbezirks informiert ist;
- (5) Jemand, der in der Lage ist, die Auswirkungen der Bewertungsergebnisse auf den Unterricht zu interpretieren, und der Mitglied des in den Unterabteilungen 2 bis einschließlich 6 dieses Abschnitts beschriebenen Teams sein kann;
- (6) Nach dem Ermessen der Eltern oder des Schulbezirks andere Personen, die über Kenntnisse oder besonderes Fachwissen in Bezug auf den Schüler verfügen, einschließlich Personal für verwandte Dienste, sofern dies angebracht ist;
- (7) Gegebenenfalls der Schüler; und
- (8) Teilnehmer der Übergangsdienste, wie in §§ 24:05:25:16.01 und 24:05:25:16.02 beschrieben.

Die Feststellung der Kenntnisse oder der sonderpädagogischen Expertise einer in diesem Abschnitt beschriebenen Person erfolgt durch die Partei (Eltern oder Distrikt), die die Person als Mitglied des IEP-Teams eingeladen hat. Ein Distrikt

Zustimmung der Eltern

34 CFR 300.9; ARSD 24:05:25:02.01, 24:05:25:02.02

"Zustimmung" bedeutet, dass Sie alle notwendigen Informationen erhalten haben, um die beschriebene Aktivität zu verstehen, und dass Sie schriftlich zustimmen, die Aktivität durchzuführen. Auf diese Weise können Sie Ihre Zustimmung geben. Die Informationen müssen in Ihrer Muttersprache oder in Ihrer Kommunikationsart zur Verfügung gestellt werden. Wenn die Aktivität, für die Ihre Zustimmung erbeten wird, die Weitergabe von Unterlagen Ihres Kindes beinhaltet, werden Sie darüber informiert, welche Unterlagen weitergegeben werden und mit wem diese Unterlagen geteilt werden können. Ihre Einwilligung ist freiwillig und kann von Ihnen jederzeit widerrufen werden.

Wenn Sie Ihre Einwilligung widerrufen, gilt dies nur für zukünftige Aktivitäten und nicht für solche, die bereits stattgefunden haben. Wenn Sie Ihre Zustimmung zum Erhalt sonderpädagogischer und damit **verbundener Leistungen** schriftlich widerrufen, nachdem Ihr Kind bereits sonderpädagogische und damit verbundene Leistungen erhalten hat, ist der Schulbezirk nicht verpflichtet, Informationen über die sonderpädagogischen und damit verbundenen Leistungen, die Ihr Kind vor Ihrem Widerruf erhalten hat, aus den Schulakten Ihres Kindes zu entfernen. Nachdem Sie dem Schulbezirk Ihre Zustimmung schriftlich mitgeteilt haben, muss der Schulbezirk Sie zuerst schriftlich benachrichtigen und dann die Bereitstellung sonderpädagogischer und damit verbundener Leistungen für Ihr Kind einstellen.

Zustimmung zur erstmaligen Beurteilung

34 CFR 300.300(a); 34 CFR 300.45; ARSD 24:05:25:02.01; ARSD 24:05:15:06

Ihr Schulbezirk muss Sie schriftlich benachrichtigen und Ihre Zustimmung einholen, bevor er mit einer ersten Beurteilung Ihres Kindes beginnt, um festzustellen, ob Ihr Kind gemäß Teil B des IDEA Anspruch auf sonderpädagogische und damit verbundene Leistungen hat.

1. Ihr Schulbezirk muss sich in angemessener Weise darum bemühen, Ihre informierte Zustimmung für eine erste Beurteilung einzuholen.
2. Ihre Zustimmung zu einer ersten Beurteilung bedeutet nicht, dass Sie einer sonderpädagogischen Förderung Ihres Kindes zugestimmt haben.
3. Wenn Ihr Kind an einer öffentlichen Schule eingeschrieben ist oder eingeschrieben werden soll und Sie sich weigern, einer ersten Beurteilung zuzustimmen, oder einer Aufforderung zur Zustimmung zu einer ersten Beurteilung nicht nachkommen, kann Ihr Schulbezirk die IDEA-Streitbelegungsverfahren (d. h. Mediation, ordnungsgemäße Verfahren) anwenden, um Ihre fehlende Zustimmung zu einer ersten Beurteilung Ihres Kindes zu klären, muss dies aber nicht unbedingt tun.

kann ein anderes Distrikt-Mitglied des IEP-Teams benennen, das ebenfalls als Vertreter des Distrikts fungiert, wenn die Kriterien in diesem Abschnitt erfüllt sind.

Muttersprache

34 CFR 300.29

(a) Muttersprache bedeutet in Bezug auf eine Person mit eingeschränkten Englischkenntnissen Folgendes:

Die Sprache, die normalerweise von dieser Person verwendet wird, oder, im Falle eines Kindes, die Sprache, die normalerweise von den Eltern des Kindes verwendet wird, mit Ausnahme der in Absatz (a)(2) dieses Abschnitts genannten Fälle.

Bei allen direkten Kontakten mit einem Kind (einschließlich der Beurteilung des Kindes) die Sprache, die das Kind normalerweise zu Hause oder in der Lernumgebung verwendet.

(b) Bei einer tauben oder blinden Person oder bei einer Person ohne Schriftsprache ist die Kommunikationsart diejenige, die die Person normalerweise verwendet (z. B. Gebärdensprache, Braille-Schrift oder mündliche Kommunikation).

Definition eines Elternteils

34 CFR 300.30; ARSD 24:05:13:04

1. Ein biologischer oder Adoptivelternteil eines Kindes;
2. Ein Pflegeelternteil, sofern dies nicht durch staatliche Gesetze, Vorschriften oder Verträge eingeschränkt ist;
3. Ein vom Gericht bestellter Vormund, der befugt ist, als Elternteil des Kindes zu handeln oder erzieherische Entscheidungen für das Kind zu treffen;
4. Eine Person, die in Abwesenheit eines biologischen oder Adoptivelternteils (einschließlich Großeltern, Stiefeltern oder anderer Verwandter), bei dem das Kind lebt, als Elternteil handelt, oder eine Person, die gesetzlich für das Wohlergehen des Kindes verantwortlich ist;
5. Ein Ersatzelternteil, der gemäß den Vorschriften der Sonderpädagogik ernannt wurde; **oder**
6. Eine oder mehrere bestimmte Person(en), die das Gericht beauftragt, als "Elternteil" eines Kindes zu handeln oder erzieherische Entscheidungen im Namen des Kindes zu treffen.

4. Wenn Ihr Schulbezirk nicht im Rahmen des IDEA-Streitbeilegungsverfahrens (d. h. Mediation, ordnungsgemäßes Verfahren) eine Beurteilung beantragt, verstößt er nicht gegen die Verpflichtung, Ihr Kind zu ermitteln, zu identifizieren und zu beurteilen, oder gegen die Anforderungen in Bezug auf die elterliche Zustimmung, Beurteilung und Neubeurteilung.

Wenn ein Kind ein Mündel des Staates ist und nicht bei seinen Eltern wohnt, braucht der Schulbezirk keine Zustimmung der Eltern für eine erste Beurteilung, um festzustellen, ob das Kind eine Behinderung hat, wenn:

1. Der Schulbezirk den Aufenthaltsort des Elternteils trotz angemessener Bemühungen nicht ermitteln kann;
2. Die elterlichen Rechte in Übereinstimmung mit dem staatlichen Recht aufgehoben worden sind; **oder**
3. ein Richter das Recht, pädagogische Entscheidungen zu treffen, einschließlich der Zustimmung zu einer ersten Beurteilung, einer anderen Person als den Eltern übertragen hat, und diese Person ihre Zustimmung gegeben hat.

Zustimmung zu Leistungen

34 CFR 300.300(b)

Ihr Schulbezirk muss Ihre Zustimmung einholen, bevor er Ihrem Kind zum ersten Mal Leistungen der Sonderpädagogik anbietet.

- 1) Der Schulbezirk muss sich in angemessener Weise bemühen, Ihre informierte Zustimmung einzuholen, bevor er Ihrem Kind **zum ersten Mal** sonderpädagogische und damit verbundene Leistungen anbietet.
- 2) Wenn Sie nicht auf die Aufforderung reagieren, der erstmaligen Versorgung Ihres Kindes mit sonderpädagogischen und damit zusammenhängenden Leistungen zuzustimmen, oder wenn Sie sich weigern, eine solche Zustimmung zu erteilen, oder wenn Sie Ihre Zustimmung später schriftlich widerrufen, **darf** Ihr Schulbezirk **keine** IDEA-Streitbeilegungsverfahren (d. h. Mediation, ordnungsgemäße Verfahren) in Anspruch nehmen, um sich über Ihre fehlende Zustimmung zur Versorgung Ihres Kindes mit sonderpädagogischen und damit zusammenhängenden Leistungen hinwegzusetzen.
- 3) Wenn Sie sich weigern, Ihre Zustimmung zu erteilen, wenn Sie auf eine Aufforderung zur Erteilung der Zustimmung für Ihr Kind zum ersten Mal nicht reagieren oder wenn Sie Ihre Zustimmung später schriftlich widerrufen und der Schulbezirk die Bereitstellung sonderpädagogischer und damit verbundener Leistungen für Ihr Kind einstellt, gilt für den Schulbezirk:

Wenn Sie der biologische oder Adoptivelternteil Ihres Kindes sind, werden Sie als Elternteil angesehen, es sei denn, Sie sind rechtlich nicht befugt, erzieherische Entscheidungen für Ihr Kind zu treffen.

Der Staat kann kein Elternteil sein, wenn das Kind ein Mündel des Staates ist.

Definition des Begriffs Mündel des Staates
34 CFR 300.45; ARSD 24:05:13:01

Mündel des Staates, wie im IDEA verwendet, bedeutet ein Kind, das:

1. ein Pflegekind ist;
2. Mündel des Staates, wie im IDEA verwendet, **oder**
3. sich in der Obhut einer öffentlichen Kinderfürsorgeeinrichtung befindet.

Ausgenommen: Als Mündel des Staates gilt nicht ein Pflegekind, das einen Pflegeelternteil hat, der die Definition eines Elternteils erfüllt.

Definition des Begriffs Ersatzelternteil
34 CFR 300.519; ARSD 24:05:30:15

Jeder Schulbezirk legt Verfahren für die Zuweisung eines Ersatzelternteils fest, um sicherzustellen, dass die Rechte eines Kindes geschützt werden, wenn kein Elternteil gemäß § 24:05:13:04 ermittelt werden kann und der Bezirk nach angemessenen Bemühungen keinen Elternteil ausfindig machen kann oder wenn das Kind ein Mündel des Staates oder ein unbegleiteter obdachloser Jugendlicher im Sinne von Abschnitt 725(6) des McKinney-Vento Homeless Assistance Act in der bis zum 1. Januar 2009 geltenden Fassung ist. Die Methode eines Distrikts zur Feststellung, ob ein Kind einen Ersatzelternteil benötigt, muss Folgendes beinhalten:

- (1) Die Identifizierung von Personalmitgliedern auf Distrikt- oder Gebäudeebene, die für die Empfehlung von Schülern, die einen Ersatzelternteil benötigen, verantwortlich sind;
- (2) Die Bereitstellung von Fortbildung zu den Kriterien in diesem Abschnitt, mit denen festgestellt wird, ob ein Kind einen Ersatzelternteil benötigt; und
- (3) die Einrichtung eines Empfehlungssystems innerhalb des Distrikts für die Ernennung eines Ersatzelternteils.

- (a) Es liegt kein Verstoß gegen die Verpflichtung vor, Ihrem Kind eine **kostenlose, angemessene öffentliche Bildung (FAPE)** zur Verfügung zu stellen, weil diese Leistungen nicht erbracht wurden; **und**
- (b) der Bezirk ist nicht verpflichtet, ein Meeting für einen **individuellen Bildungsplan (Individualized Education Program, IEP)** abzuhalten oder einen IEP für Ihr Kind zu erstellen, um sonderpädagogische und damit verbundene Leistungen zu bestimmen.

Wenn Sie Ihre Zustimmung schriftlich widerrufen, nachdem Ihr Kind zum ersten Mal sonderpädagogische und damit zusammenhängende Leistungen erhält, muss der Schulbezirk Sie vorher schriftlich benachrichtigen, wie unter der Überschrift **Vorherige schriftliche Benachrichtigung** beschrieben, und er muss die Leistungen für Ihr Kind einstellen, nachdem er Sie zuvor schriftlich informiert hat.

Zustimmung zu Neubeurteilungen

34 CFR 300.300(c) und (d); ARSD 24:05:25:06.01

Ihr Schulbezirk muss Ihre Zustimmung einholen, bevor er Ihr Kind neu beurteilt, es sei denn, Ihr Schulbezirk kann nachweisen und dokumentieren, dass:

1. er angemessene Schritte unternommen hat, um Ihre Zustimmung für die Neubeurteilung Ihres Kindes einzuholen; **und**
2. Sie nicht geantwortet haben.

Wie bei den erstmaligen Beurteilungen verstößt Ihr Schulbezirk nicht gegen seine Verpflichtungen zur Feststellung des Kindes und andere Verpflichtungen gemäß Teil B des IDEA, wenn er die Neubeurteilung nicht weiterverfolgt, falls Sie Ihre Zustimmung verweigern.

Ihr Schulbezirk muss Aufzeichnungen über seine angemessenen Bemühungen führen, Ihre Zustimmung für erste Beurteilungen einzuholen, erstmals sonderpädagogische und damit verbundene Dienstleistungen zu erbringen, Neubeurteilungen vorzunehmen und die Eltern von Kindern, die unter staatlicher Obhut stehen, für erste Beurteilungen ausfindig zu machen. Die Dokumentation muss Aufzeichnungen über die Bemühungen des Schulbezirks in den folgenden Bereichen enthalten:

1. Detaillierte Aufzeichnungen über die getätigten oder versuchten Telefonate und die Ergebnisse dieser Telefonate;
2. Kopien der an Sie gerichteten Korrespondenz sowie etwaige Antworten; **und**
3. detaillierte Aufzeichnungen über Besuche bei Ihnen zu Hause oder an Ihrem Arbeitsplatz und die Ergebnisse dieser Besuche.

Andere Zustimmungsanforderungen

34 CFR 300.300(d); ARSD 24:05:25:02.03

Ihre Zustimmung ist **nicht** erforderlich, bevor Ihr Schulbezirk folgende Maßnahmen ergreifen kann:

1. Bestehende Daten im Rahmen der Beurteilung oder Neubeurteilung Ihres Kindes zu überprüfen; **oder**
2. Ihr Kind einem Test oder einer anderen Beurteilung unterziehen, die allen Kindern zuteil wird, es sei denn, vor der Durchführung des Tests oder der Beurteilung ist die Zustimmung aller Eltern aller Kinder erforderlich.

Ihr Schulbezirk darf Ihre Weigerung, einer Beurteilung oder Dienstleistung im Rahmen des IDEA zuzustimmen, nicht dazu nutzen, Ihnen oder Ihrem Kind eine andere Dienstleistung, Leistung oder Aktivität zu verweigern, es sei denn, dies ist gemäß Teil B des IDEA erforderlich.

Wenn Sie Ihr Kind auf eigene Kosten an einer Privatschule angemeldet haben oder wenn Sie Ihr Kind zu Hause unterrichten und Sie Ihre Zustimmung zu einer ersten Beurteilung oder Neubeurteilung Ihres Kindes nicht erteilen oder einer Aufforderung zur Erteilung Ihrer Zustimmung nicht nachkommen, kann der Schulbezirk die IDEA-Streitbeilegungsverfahren (d. h. Mediation, ordnungsgemäße Verfahren) nicht nutzen, um Ihre fehlende Zustimmung außer Kraft zu setzen. Unter diesen Umständen ist der Schulbezirk nicht verpflichtet, Ihr Kind als berechtigt zu betrachten, gleichwertige Leistungen zu erhalten (Leistungen, die für einige Kinder mit Behinderungen, die von ihren Eltern in einer Privatschule untergebracht wurden, zur Verfügung stehen; nach geltenden SD-Gesetzen werden Schüler, die zu Hause unterrichtet werden, nicht in die Betrachtung für gleichwertige Leistungen einbezogen).

Vorherige schriftliche Benachrichtigung

34 CFR 300.503; 34 CFR 300.505; 34 CFR 300.304; ARSD 24:05:30:04

Der Schulbezirk muss Sie mindestens fünf **Kalendertage vor** einer Empfehlung oder Verweigerung des Beginns oder der Änderung der Identifizierung, Beurteilung, schulischen Einstufung oder der Bereitstellung einer FAPE-Maßnahme für Ihr Kind **schriftlich benachrichtigen**. Sie können auf die 5-tägige Vorankündigung verzichten, wenn Sie möchten, dass die Änderung vor Ablauf der 5 Tage in Kraft tritt.

Die vorherige schriftliche Mitteilung muss:

1. Die Maßnahme, die Ihr Schulbezirk plant oder ablehnt, beschreiben;
2. Erklären, warum Ihr Schulbezirk die Maßnahme plant oder ablehnt;
3. Alle Beurteilungsverfahren, Einstufungen, Aufzeichnungen oder Berichte, die Ihr Schulbezirk bei der Entscheidung, die Maßnahme zu planen oder abzulehnen, verwendet hat, beschreiben;
4. Eine Erklärung beinhalten, dass Sie durch die Verfahrensgarantiebestimmungen in Teil B des IDEA geschützt sind;
5. Angeben, wo Sie mehr über die Verfahrensgarantien erfahren können, wenn es sich bei der geplanten oder abgelehnten Maßnahme nicht um eine erste Empfehlung zur Beurteilung handelt;
6. Kontaktinformationen zu Ressourcen enthalten, die Ihnen helfen, Teil B des IDEA zu verstehen;
7. Alle anderen Optionen, die das **IEP-Team** für Ihr Kind in Betracht gezogen hat, und warum diese Optionen abgelehnt wurden, beschreiben;
8. Andere Faktoren beschreiben, die der Schulbezirk bei seiner Entscheidung, die Maßnahme zu planen oder abzulehnen, berücksichtigt hat; **und**
9. wenn Ihr Schulbezirk eine Beurteilung plant, alle Beurteilungsverfahren beschreiben, die Ihr Schulbezirk durchzuführen gedenkt.

Die vorherige schriftliche Benachrichtigung muss:

1. In einer leicht verständlichen Sprache verfasst sein; **und**
2. in Ihrer Muttersprache oder in einer anderen Kommunikationsform abgefasst sein, es sei denn, dies ist nicht möglich.

Wenn Ihre Muttersprache oder eine andere Kommunikationsform keine Schriftsprache ist, muss Ihr Schulbezirk Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass:

1. Die Benachrichtigung für Sie mündlich oder auf andere Weise in Ihre Muttersprache oder in eine andere Kommunikationsform übersetzt wird;

2. Sie den Inhalt der Benachrichtigung verstehen; **und**
3. es einen schriftlichen Nachweis gibt, dass 1 und 2 erfüllt wurden.

Sie können sich dafür entscheiden, vorherige schriftliche Benachrichtigungen, Benachrichtigungen über Verfahrensgarantien und Benachrichtigungen im Zusammenhang mit einer Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren auf elektronischem Wege (E-Mail) zu erhalten, sofern verfügbar. Ihr Schulbezirk wird überprüfen, ob Sie die Benachrichtigungen per E-Mail erhalten möchten.

Unabhängige Bildungsbeurteilung

34 CFR 300.502; ARSD 24:05:30:03

Sie haben das Recht auf eine unabhängige Bildungsbeurteilung (Independent Education Evaluation, **IEE**) Ihres Kindes auf öffentliche Kosten, wenn Sie mit einer vom Schulbezirk vorgenommenen Beurteilung nicht einverstanden sind.

Unter einer IEE versteht man eine Beurteilung, die von einem qualifizierten Prüfer durchgeführt wird, der nicht beim Schulbezirk angestellt ist.

Öffentliche Kosten bedeutet, dass der Schulbezirk entweder die gesamten Kosten für die Beurteilung übernimmt oder sicherstellt, dass die Beurteilung in Übereinstimmung mit den Bestimmungen von Teil B des IDEA kostenlos für Sie durchgeführt wird.

Wenn Sie eine IEE beantragen, fragt der Schulbezirk möglicherweise nach den Gründen, warum Sie die Beurteilung durch die Schule ablehnen. Sie müssen die Gründe für Ihre Ablehnung nicht erläutern.

Wenn Sie eine IEE beantragen, wird der Schulbezirk Sie darüber informieren, wo Sie eine IEE erhalten können und welche Kriterien der Schulbezirk für IEEs anwendet.

Wenn eine IEE auf öffentliche Kosten durchgeführt wird, müssen die Kriterien des Schulbezirks für die Beurteilung, einschließlich des Ortes der Beurteilung und der Qualifikation des Prüfers, dieselben sein wie die Kriterien, die der Schulbezirk anwendet, wenn er eine Beurteilung einleitet. Abgesehen von den oben beschriebenen Kriterien darf der Schulbezirk keine zusätzlichen Bedingungen oder Fristen für die Durchführung einer IEE auferlegen.

Der Schulbezirk muss entweder die IEE auf öffentliche Kosten bewilligen, oder der Schulbezirk muss eine Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren beantragen, um nachzuweisen, dass die Beurteilung des Schulbezirks angemessen war oder dass die von Ihnen beantragte oder erhaltene IEE nicht den Kriterien des Schulbezirks entspricht.

Wenn der Schulbezirk eine ordnungsgemäße Verfahrensbeschwerde mit Antrag auf eine Anhörung einreicht und die endgültige Entscheidung des Anhörungsbeauftragten lautet, dass die Beurteilung des Schulbezirks angemessen ist, haben Sie immer noch das Recht auf eine IEE, allerdings nicht auf öffentliche Kosten.

Sie haben jedes Mal, wenn der Schulbezirk eine Beurteilung Ihres Kindes vornimmt, Anspruch auf eine einzige, auf öffentliche Kosten durchzuführende IEE Ihres Kindes.

Wenn Sie eine IEE auf öffentliche Kosten erhalten oder eine auf private Kosten erhaltene Beurteilung mit dem Schulbezirk teilen, muss das IEP-Team jede IEE oder andere von Ihnen geteilte Beurteilungen, die die Kriterien des Schulbezirks für IEEs erfüllen, bei jeder Entscheidung über die Bereitstellung einer FAPE für Ihr Kind berücksichtigen.

Die Ergebnisse der IEE können von jeder Partei als Beweismittel bei einer Anhörung im Rahmen eines ordnungsgemäßen Verfahrens bezüglich Ihres Kindes vorgelegt werden.

Wenn ein Anhörungsbeauftragter im Rahmen einer Anhörung zu einem ordnungsgemäßen Verfahren eine IEE verlangt, müssen die Kosten für die Beurteilung vom Staat getragen werden.

Bildungsunterlagen

Vertraulichkeit von Informationen und Zugang zu

Bildungsunterlagen

34 CFR 300.611-617; ARSD 24:05:29; 34 CFR 300.622-625;
34 CFR 300.32

Der Family Educational Rights and Privacy Act (FERPA) gibt Eltern und Schülern, die 18 Jahre oder älter sind ("berechtigte Schüler"), bestimmte Rechte in Bezug auf die Unterlagen der Schüler, einschließlich des Rechts auf Zugang (Einsichtnahme und Überprüfung) zu den Unterlagen, und schützt darüber hinaus die **Vertraulichkeit dieser Unterlagen**. Der IDEA befasst sich auch mit dem Zugang zu und der Vertraulichkeit von Unterlagen.

Benachrichtigung der Eltern über und Zugang zu vertraulichen Informationen

Gemäß FERPA muss eine Schule die Eltern von Schülern jährlich über ihre Rechte gemäß FERPA informieren. Die jährliche Benachrichtigung muss Informationen über das Recht der Eltern enthalten, die Bildungsunterlagen ihres Kindes einzusehen und zu überprüfen, das Recht, eine Änderung der Unterlagen zu beantragen, das Recht, der Offenlegung **personenbezogener Daten (Personally Identifiable Information, PII)** aus den Unterlagen zuzustimmen (außer unter bestimmten Umständen), und das Recht, eine Beschwerde beim Family Policy Compliance Office des US-Bildungsministeriums einzureichen, wenn eine Schule angeblich gegen FERPA verstoßen hat. Die Schule muss die Eltern auch über ihre Definitionen der Begriffe "offizieller Vertreter der Schule" und "legitimes Bildungsinteresse" informieren.

FERPA verlangt nicht, dass eine Schule die Eltern einzeln über ihre Rechte nach FERPA informiert. Stattdessen kann die Schule die jährliche Benachrichtigung auf jegliche Weise vornehmen, die geeignet ist, Eltern über ihre Rechte zu informieren.

Sowohl gemäß FERPA als auch gemäß IDEA muss der Schulbezirk: Ihnen gestatten, alle Bildungsunterlagen über Ihr Kind einzusehen und zu überprüfen, die vom Schulbezirk gemäß Teil B des IDEA gesammelt, aufbewahrt oder verwendet werden;

Bildungsunterlagen

34 CFR 300.611(b), 34 CFR Teil 99;
Behörde: 20 U.S.C. 1232g(a)(4))

FERPA

Der Family Educational Rights and Privacy Act (FERPA) ist ein Bundesgesetz, das den Eltern das Recht auf Einsicht in die Bildungsunterlagen ihrer Kinder, das Recht auf Änderung der Unterlagen und das Recht auf eine gewisse Kontrolle über die Offenlegung personenbezogener Daten aus den Bildungsunterlagen einräumt. Wenn ein Schüler 18 Jahre alt wird oder sich in eine postsekundäre Einrichtung einschreibt, gehen die Rechte gemäß FERPA von den Eltern auf den Schüler ("berechtigter Schüler") über.

(a) Der Begriff bezeichnet jene Aufzeichnungen, die:

1. die sich direkt auf einen Schüler beziehen; und
2. die von einer Bildungsbehörde oder -einrichtung oder von einer Partei, die für die Behörde oder Einrichtung handelt, verwaltet werden.

(b) Der Begriff umfasst nicht:

1. Aufzeichnungen des Lehr-, Aufsichts- und Verwaltungspersonals sowie des diesen Personen unterstellten pädagogischen Personals, die im alleinigen Besitz des Erstellers der Aufzeichnung aufbewahrt werden und keiner anderen Person zugänglich sind oder offengelegt werden, außer einer vorübergehenden Vertretung des Erstellers der Aufzeichnung.
2. Aufzeichnungen einer Strafverfolgungseinheit einer Bildungsbehörde oder -einrichtung, vorbehaltlich der Bestimmungen von § 99.8.
3. Aufzeichnungen, welche sich auf eine Person beziehen, die bei einer Bildungsbehörde oder -einrichtung beschäftigt ist, die:
 - (a) im normalen Geschäftsverlauf erstellt und geführt werden;
 - (b) sich ausschließlich auf die betreffende Person in ihrer Eigenschaft als Mitarbeiter beziehen;

1. Ihrem Antrag auf Einsichtnahme in die Unterlagen Ihres Kindes ohne unnötige Verzögerung und vor einem IEP Meeting, einer Sitzung zur Entscheidungsfindung oder einer Anhörung im Rahmen eines ordnungsgemäßen Verfahrens (in Bezug auf Identifizierung, Beurteilung, Einstufung im Bildungssystem, Disziplinarmaßnahmen oder Bereitstellung einer FAPE) nachkommen; **und**
2. nicht mehr als 45 Kalendertage benötigen, bis dem Antrag nachgekommen wird.

Ihr Recht auf Einsichtnahme in die Bildungsunterlagen umfasst:

1. Das Recht auf eine Antwort des Schulbezirks auf angemessene Anfragen nach Erklärungen und Auslegungen der Unterlagen.
2. Das Recht, den Schulbezirk aufzufordern, Kopien der Unterlagen, die die Informationen enthalten, zur Verfügung zu stellen, wenn die Nichtbereitstellung dieser Kopien Sie effektiv daran hindern würde, Ihr Recht auf Einsicht und Überprüfung der Unterlagen auszuüben; **und**
3. das Recht, die Unterlagen von Ihrem Vertreter einsehen zu lassen.

Der Schulbezirk kann davon ausgehen, dass Sie befugt sind, Unterlagen über Ihr Kind einzusehen, es sei denn, der Schulbezirk wurde darüber informiert, dass Sie nicht befugt sind.

Der Schulbezirk muss Aufzeichnungen über die Parteien führen, die Zugang zu Bildungsunterlagen erhalten, die im Rahmen von Teil B des IDEA gesammelt, aufbewahrt oder verwendet werden (mit Ausnahme des Zugangs durch Sie oder autorisierte Mitarbeiter des Schulbezirks), einschließlich des Namens der Partei, des Datums, an dem der Zugang gewährt wurde, und des Zwecks, für den die Partei berechtigt ist, die Unterlagen zu verwenden. Sie oder Ihr berechtigter Schüler können die Einsichtnahme in die Unterlagen beantragen.

Wenn Bildungsunterlagen Informationen über mehr als ein Kind enthalten, hat jeder Elternteil nur das Recht, die Informationen über sein Kind einzusehen und zu überprüfen oder über die spezifischen Informationen über sein Kind informiert zu werden.

Der Schulbezirk muss Ihnen auf Anfrage eine Liste der Arten von Bildungsunterlagen und der Orte zur Verfügung stellen, an denen diese Unterlagen vom Schulbezirk gesammelt, aufbewahrt oder verwendet werden.

Der Schulbezirk kann eine Gebühr für Kopien von Unterlagen erheben, die im Rahmen von Teil B des IDEA für Sie angefertigt wurden, sofern die Gebühr Sie nicht effektiv an der Einsichtnahme in diese Unterlagen hindert. Der Schulbezirk darf keine Gebühren für die Suche nach oder den Abruf von Informationen gemäß Teil B des IDEA erheben.

Ihre Zustimmung muss eingeholt werden, bevor persönlich identifizierbare Informationen an andere weitergegeben werden, es sei denn, FERPA oder der IDEA erlauben etwas anderes.

(c) dürfen nicht für andere Zwecke verwendet werden. Unterlagen, die sich auf eine Person beziehen, die in der Einrichtung oder Institution eingeschrieben ist und aufgrund des Status als Schüler eingestellt ist, sind Bildungsunterlagen und fallen nicht unter die Ausnahmeregelung dieses Unterabschnitts;

4. Aufzeichnungen über einen Schüler, der 18 Jahre alt oder älter ist oder eine postsekundäre Bildungseinrichtung besucht, die:
 - a) von einem Arzt, Psychiater, Psychologen oder einer anderen anerkannten Fachkraft oder einer Hilfskraft, die in ihrer beruflichen Funktion handelt oder in einer Hilfskraftfunktion assistiert, erstellt oder geführt werden;
 - b) nur im Zusammenhang mit der Behandlung des Schülers angefertigt, aufbewahrt oder verwendet werden; und
 - c) nur an Personen weitergegeben werden, die die Behandlung durchführen. Für die Zwecke dieser Definition umfasst der Begriff "Behandlung" keine heilpädagogischen Aktivitäten oder Aktivitäten, die Teil des Unterrichtsprogramms der Institution oder Einrichtung sind; und
5. Aufzeichnungen, die von einer Institution oder Einrichtung erstellt oder erhalten wurden, nachdem eine Person nicht mehr Schüler ist, und die nicht direkt mit der Teilnahme der Person als Schüler zusammenhängen; und
6. Noten von Arbeiten, die von anderen Schülern bewertet wurden, bevor sie von einem Lehrer gesammelt und aufgezeichnet werden.
7. Aufzeichnungen, die von einer Institution oder Einrichtung erstellt oder erhalten wurden, nachdem eine Person nicht mehr Schüler ist, und die nicht direkt mit der Teilnahme der Person als Schüler zusammenhängen; und
8. Noten von Arbeiten, die von anderen Schülern bewertet wurden, bevor sie von einem Lehrer gesammelt und aufgezeichnet werden.

Im Rahmen des IDEA ist Ihre Zustimmung nicht erforderlich, bevor personenbezogene Daten an Vertreter der teilnehmenden Einrichtungen weitergegeben werden, die diese Daten im Rahmen von Teil B des IDEA erheben oder verwenden, außer:

1. Ihre Zustimmung oder die Ihres anspruchsberechtigten Schülers muss eingeholt werden, bevor persönlich identifizierbare Informationen an Vertreter von teilnehmenden Einrichtungen weitergegeben werden, die **Übergangsdienste** bereitstellen oder bezahlen; und
2. Wenn Ihr Kind eine Privatschule besucht oder besuchen wird, muss Ihre Zustimmung eingeholt werden, bevor personenbezogene Daten über Ihr Kind zwischen Vertretern des öffentlichen Schulbezirks Ihres Kindes, in dem sich die Privatschule befindet, und Vertretern des Wohnsitzschulbezirks Ihres Kindes weitergegeben werden.

Gemäß FERPA ist Ihre Zustimmung nicht erforderlich, bevor persönlich identifizierbare Informationen weitergegeben werden:

1. An andere Vertreter der Schule, einschließlich Lehrer, in Ihrem Schulbezirk, die nach Ansicht der Schule ein berechtigtes Bildungsinteresse haben. Dies schließt Auftragnehmer, Berater, Freiwillige oder andere Parteien ein, an die die Schule institutionelle Dienste oder Funktionen ausgelagert hat, sofern die entsprechenden Anforderungen erfüllt sind.
2. An Vertreter einer anderen Schule, eines anderen Schulsystems oder einer anderen postsekundären Bildungseinrichtung, an der Ihr Kind eingeschrieben werden soll oder bereits eingeschrieben ist, wenn die Offenlegung für Zwecke im Zusammenhang mit der Einschreibung oder dem Wechsel Ihres Kindes erfolgt und die geltenden Anforderungen erfüllt sind (insbesondere, wenn die jährliche Benachrichtigung die Eltern darüber informiert, dass die Schule im Rahmen dieser Ausnahmeregelung Daten freigibt, oder wenn die Schule einen angemessenen Versuch unternimmt, Sie oder Ihren berechtigten Schüler unter Ihrer letzten bekannten Adresse zu benachrichtigen, oder wenn die Offenlegung von Ihnen oder Ihrem berechtigten Schüler veranlasst wird).
3. An bevollmächtigte Vertreter des U.S. Comptroller General, des U.S. Attorney General, des U.S. Secretary of Education oder staatlicher und lokaler Bildungsbehörden, wie dem South Dakota Department of Education. Offenlegungen im Rahmen dieser Bestimmung können, vorbehaltlich der geltenden Bestimmungen, in Verbindung mit einer Prüfung oder Beurteilung von bundes- oder staatsgeförderten Bildungsprogrammen oder zur Durchsetzung oder Einhaltung bundesrechtlicher Anforderungen im Zusammenhang mit diesen Programmen erfolgen. Diese Stellen können weitere Offenlegungen personenbezogener Daten gegenüber externen Stellen vornehmen, die von ihnen als ihre bevollmächtigten Vertreter benannt wurden, um in ihrem Namen Prüfungen, Beurteilungen oder Maßnahmen zur Durchsetzung oder Einhaltung von Vorschriften durchzuführen, sofern die geltenden Anforderungen erfüllt sind.
4. Im Zusammenhang mit finanzieller Unterstützung, die Ihr Kind beantragt oder erhalten hat, wenn die Informationen notwendig sind, um die Berechtigung für die Unterstützung zu bestimmen, die Höhe der Unterstützung zu ermitteln, die Bedingungen für die Unterstützung festzulegen oder die Bedingungen für die Unterstützung durchzusetzen.
5. An staatliche und örtliche Vertreter oder Behörden, denen die Weitergabe von Informationen durch ein staatliches Gesetz ausdrücklich gestattet ist, das die Jugendgerichtsbarkeit und die Fähigkeit des Systems betrifft, den Schüler, dessen Unterlagen freigegeben wurden, vor der Verurteilung wirksam zu unterstützen, vorbehaltlich der geltenden Anforderungen.

6. An Organisationen, die für die Schule oder im Auftrag der Schule Studien durchführen, um: (a) prädiktive Tests zu entwickeln, zu validieren oder durchzuführen; (b) Studentenhilfsprogramme zu verwalten; oder (c) den Unterricht zu verbessern, sofern die entsprechenden Anforderungen erfüllt sind.
7. An Akkreditierungsorganisationen, damit diese ihre Akkreditierungsaufgaben wahrnehmen können.
8. An Sie, wenn Ihr Kind ein förderungswürdiger Schüler ist, sofern Ihr förderungswürdiger Schüler für Steuerzwecke des IRS als abhängig gilt.
9. Zur Befolgung einer gerichtlichen Anordnung oder einer rechtmäßig erlassenen Vorladung, wenn die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind.
10. An zuständige Vertreter in Verbindung mit einem Gesundheits- oder Sicherheitsnotfall, sofern die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind.
11. Die von der Schule als "Verzeichnisinformationen" bezeichnet wurden, sofern die geltenden Anforderungen erfüllt sind.
12. An einen Sachbearbeiter oder einen anderen Vertreter einer staatlichen oder örtlichen Kinderfürsorgeeinrichtung oder einer Stammesorganisation, die befugt sind, auf den Fallplan eines Schülers zuzugreifen, wenn diese Einrichtung oder Organisation gemäß den Gesetzen des Staates oder des Stammes für die Betreuung und den Schutz des Schülers in einer Pflegefamilie rechtlich verantwortlich ist.
13. An den Landwirtschaftsminister oder bevollmächtigte Vertreter des Food and Nutrition Service zum Zwecke der Durchführung von Programmüberwachung, Beurteilungen und Leistungsmessungen von Programmen, die im Rahmen des Richard B. Russell National School Lunch Act oder des Child Nutrition Act von 1966 genehmigt wurden, unter bestimmten Bedingungen.

Eine Bildungseinrichtung, die personenbezogene Daten von einer anderen Institution oder Einrichtung erhält, kann diese Daten im Namen der Bildungseinrichtung ohne die vorherige schriftliche Zustimmung von Ihnen oder Ihrem berechtigten Schüler weitergeben, wenn die IDEA- oder FERPA-Bedingungen für eine Weitergabe ohne elterliche Zustimmung erfüllt sind und wenn die Bildungseinrichtung die Partei, an die die Weitergabe erfolgt, über diese Anforderungen informiert.

Personenbezogene Daten (Personally Identifiable Information, PII)

Der Schulbezirk muss die Vertraulichkeit von **PII** in den Phasen der Erfassung, Speicherung, Weitergabe und Vernichtung schützen.

1. Ein Vertreter des Schulbezirks muss die Verantwortung für die Gewährleistung der Vertraulichkeit aller personenbezogenen Daten übernehmen.
2. Alle Personen, die personenbezogene Daten sammeln oder verwenden, müssen eine Schulung oder Unterweisung in Bezug auf die Richtlinien und Verfahren des Staates zur Vertraulichkeit personenbezogener Daten gemäß Teil B des IDEA und FERPA erhalten.
3. Der Schulbezirk muss eine aktuelle Liste mit den Namen und Positionen der Mitarbeiter des Schulbezirks, die Zugang zu personenbezogenen Daten haben, zur öffentlichen Einsichtnahme bereithalten.

4. Der Schulbezirk muss Sie darüber informieren, wenn persönlich identifizierbare Informationen, die für die Sonderpädagogik und damit zusammenhängende Dienstleistungen gesammelt, aufbewahrt oder verwendet wurden, nicht mehr für die Bereitstellung von Bildungsdienstleistungen für Ihr Kind benötigt werden.
5. Die nicht mehr benötigten Informationen müssen auf Ihren Antrag hin vernichtet werden; eine dauerhafte Aufzeichnung von Name, Adresse, Telefonnummer, eigenen Noten, Anwesenheitsliste, besuchten Klassen und abgeschlossener Klassenstufe Ihres Kindes kann jedoch auf unbestimmte Zeit aufbewahrt werden.

Gemäß den Bestimmungen des Family Educational Rights and Privacy Act von 1974 (34 CFR 99.5(a)) gehen Ihre Rechte in Bezug auf Bildungsunterlagen mit 18 Jahren auf den Schüler über. Ein Schüler, der 18 oder älter ist, wird im Rahmen von FERPA als "berechtigter Schüler" bezeichnet.

Volljährigkeit (Schüler, der 18 Jahre alt wird)

Wenn Ihre Rechte gemäß Teil B des IDEA auf einen Schüler übertragen werden, der das Alter der Volljährigkeit erreicht, müssen auch die Rechte in Bezug auf Bildungsunterlagen auf den Schüler übertragen werden. Der Schulbezirk muss jedoch alle gemäß Teil B des IDEA erforderlichen Benachrichtigungen an Sie und den Schüler übermitteln. (Weitere Informationen finden Sie unter der Überschrift "Übertragung der elterlichen Rechte bei Volljährigkeit" auf Seite 38).

Änderung von Aufzeichnungen auf Antrag der Eltern

34 CFR 300.618-621; ARSD 24:05:29:04

Wenn Sie der Meinung sind, dass die Informationen in den Bildungsunterlagen über Ihr Kind ungenau oder irreführend sind oder die Privatsphäre oder andere Rechte Ihres Kindes verletzen, können Sie beantragen, dass der Schulbezirk die Informationen korrigiert oder entfernt (d. h. die Unterlagen ändert).

Der Schulbezirk muss innerhalb eines angemessenen Zeitraums nach Ihrem Antrag entscheiden, ob die Informationen korrigiert oder entfernt werden sollen. Wenn der Schulbezirk sich weigert, die Informationen zu korrigieren oder zu entfernen, muss er Sie über diese Weigerung informieren und Sie über Ihr Recht auf eine Anhörung nach dem Family Education Rights and Privacy Act (**FERPA**) aufklären.

Der Schulbezirk muss Ihnen auf Antrag eine FERPA-Anhörung gewähren, damit Sie die Informationen in den Bildungsunterlagen Ihres Kindes anfechten können, die Ihrer Meinung nach ungenau, irreführend oder anderweitig eine Verletzung der Privatsphäre oder anderer Rechte Ihres Kindes darstellen.

Eine Anhörung zur Anfechtung von Informationen in Bildungsunterlagen muss gemäß den Verfahren für solche Anhörungen im Rahmen von FERPA durchgeführt werden.

Gesetz über Familienbildungsrechte und Datenschutz (Family Education Rights and Privacy Act, FERPA)

Die FERPA-Anhörungsverfahren eines Schulbezirks müssen Ihnen mindestens Folgendes bieten:

1. Die Anhörung muss innerhalb von 30 Tagen, nachdem der Schulbezirk Ihren Antrag auf eine Anhörung erhalten hat, stattfinden, und Sie oder Ihr berechtigter Schüler müssen fünf Tage vor der Anhörung über Datum, Ort und Uhrzeit benachrichtigt werden;

2. Die Anhörung kann von einer beliebigen Person, einschließlich eines Vertreters des Schulbezirks, durchgeführt werden, die kein unmittelbares Interesse am Ergebnis der Anhörung hat;
3. Sie oder Ihr berechtigter Schüler müssen eine umfassende und faire Gelegenheit erhalten, Beweise für die aufgeworfenen Fragen vorzulegen, und können sich auf eigene Kosten von Personen Ihrer Wahl, einschließlich eines Anwalts, unterstützen oder vertreten lassen;
4. Der Schulbezirk muss seine Entscheidung innerhalb von 30 Tagen nach Abschluss der Anhörung schriftlich bekannt geben; **und**
5. die Entscheidung des Schulbezirks darf sich nur auf die bei der Anhörung vorgelegten Beweise stützen und muss eine Zusammenfassung der Beweise und die Gründe für die Entscheidung enthalten.

Wenn der Schulbezirk nach der Anhörung entscheidet, dass die Informationen korrekt sind und die Privatsphäre Ihres Kindes nicht verletzen, Sie aber nicht einverstanden sind, haben Sie das Recht, eine Erklärung im Protokoll abzugeben. Wenn der Schulbezirk nach der Anhörung jedoch entscheidet, dass die Informationen in der Akte Ihres Kindes unrichtig sind, muss er die Informationen entfernen und Sie schriftlich informieren.

Alle Entscheidungen, die in den Aufzeichnungen über Ihr Kind enthalten sind, müssen vom Schulbezirk als Teil der Schülerunterlagen aufbewahrt werden. Wenn die strittigen Unterlagen Ihres Kindes vom Schulbezirk an eine Partei weitergegeben werden, muss auch die Entscheidung an die Partei weitergegeben werden.

Verweisung an und Maßnahmen durch Strafverfolgungs- und Justizbehörden sowie Übermittlung von Unterlagen

34 CFR 300.535(a) & (b); ARSD 24:05:26:15

Ein Schulbezirk kann ein Verbrechen, das von einem Kind mit einer Behinderung begangen wurde, den zuständigen Behörden melden. Keine Bestimmung des IDEA hindert die staatlichen Strafverfolgungs- und Justizbehörden daran, ihre Zuständigkeit für die Anwendung von Bundes- und Landesrecht auf Straftaten, die von einem Kind mit einer Behinderung begangen wurden, wahrzunehmen.

Ein Schulbezirk, der eine von einem behinderten Kind begangene Straftat meldet, stellt den zuständigen Behörden, denen er die Straftat gemeldet hat, Kopien der Sonderpädagogik- und Disziplinarakten des Kindes zur Verfügung, jedoch nur in dem nach FERPA zulässigen Umfang.

Von den Eltern veranlasste Unterbringung von Kindern in einer Privatschule

Von den Eltern in Privatschulen untergebrachte Kinder, wenn eine FAPE nicht in Frage kommt

34 CFR 300.504(a) & (b); ARSD 24:05:30:06.01

Wenn Sie Ihr Kind in einer privaten Schule oder Einrichtung untergebracht haben und es keinen Streit über die Bereitstellung einer FAPE gibt, ist Ihre Entscheidung über die Unterbringung freiwillig. Wenn der Schulbezirk Ihrem Kind im Schulbezirk eine FAPE zur Verfügung gestellt hat, muss der Schulbezirk nicht für die Sonderpädagogik oder andere Kosten des Privatunterrichts Ihres Kindes aufkommen. Öffentliche Schulen haben jedoch bestimmte Pflichten in Bezug auf freiwillig untergebrachte Kinder mit Behinderungen, die eine Privatschule innerhalb ihrer geografischen Grenzen besuchen.

Wenn die Privatschule Ihres Kindes die IDEA-Definition und die staatliche Definition einer Privatschule erfüllt, muss die öffentliche Schule, in deren Gebiet sich die Privatschule befindet, Folgendes tun:

1. Ihr Kind in der Population der von den Eltern untergebrachten Privatschulkinder zählen.
2. Mit Ihrer Zustimmung die vom IDEA vorgeschriebenen regelmäßigen Neubeurteilungen Ihres Kindes durchführen.
3. Konsultation mit Ihnen und der Privatschule Ihres Kindes, um zu erfahren, wie der anteilige Betrag der Mittel aus IDEA Teil B für die Sonderpädagogik und die damit verbundenen Dienstleistungen für von den Eltern untergebrachte Privatschulkinder, einschließlich Ihres Kindes, gerecht aufgeteilt werden soll.
4. Nach Rücksprache mit den Vertretern der Privatschule und den Elternvertretern der in der Privatschule untergebrachten Kinder treffen Sie eine endgültige Entscheidung über die Leistungen, die für berechnete, in der Privatschule untergebrachte Kinder mit Behinderungen erbracht werden sollen.

Die Entscheidung darüber, welche Leistungen und welcher Umfang an Leistungen Kindern mit Behinderungen, die von ihren Eltern in Privatschulen angemeldet wurden, zur Verfügung gestellt werden, wird im Rahmen des Konsultationsprozesses getroffen und richtet sich nach den Bedürfnissen der Kinder, die für den Erhalt von Leistungen vorgesehen sind. Kinder, die von ihren Eltern in Privatschulen untergebracht werden, haben keinen individuellen Anspruch auf einen Teil oder die Gesamtheit der sonderpädagogischen und damit verbundenen Leistungen, die sie erhalten würden, wenn sie in einer öffentlichen Schule angemeldet wären.

Von den Eltern in Privatschulen untergebrachte Kinder, wenn eine FAPE in Frage kommt 34 CFR 300.148; ARSD 24:05:31:05

Meinungsverschiedenheiten zwischen Ihnen und dem Schulbezirk über die Verfügbarkeit eines geeigneten Programms für Ihr Kind und die Frage der Kostenübernahme für die Unterbringung in einer Privatschule können im Rahmen eines ordnungsgemäßen Verfahrens entschieden werden. Ein Anhörungsbeauftragter oder ein Gericht kann den Schulbezirk Ihres Kindes (in dem Sie wohnen) auffordern, Ihnen die Kosten für die Privatschule zu erstatten, wenn der Anhörungsbeauftragte oder das Gericht feststellt, dass die öffentliche Schule Ihrem Kind keine FAPE zur Verfügung gestellt hat und dass die private Unterbringung angemessen ist. Ein Anhörungsbeauftragter oder ein Gericht kann Ihre Unterbringung für angemessen halten, auch wenn diese nicht den staatlichen Standards entspricht, die für den Unterricht an öffentlichen Schulen gelten.

Die Erstattungsbeträge können vom Anhörungsbeauftragten oder Gericht gekürzt oder verweigert werden, wenn:

1. Sie beim letzten IEP-Team-Meeting, an dem Sie teilgenommen haben, bevor Sie Ihr Kind in einer Privatschule untergebracht haben, dem IEP Team nicht mitgeteilt haben, dass Sie mit der vom Schulbezirk vorgeschlagenen Einstufung für die Bereitstellung einer FAPE für Ihr Kind nicht einverstanden sind, einschließlich der Darlegung Ihrer Bedenken und Ihrer Absicht, Ihr Kind auf öffentliche Kosten an einer Privatschule einzuschreiben; **oder** alternativ wenn: Sie dem Schulbezirk nicht mindestens zehn (10) Werktage (einschließlich aller Feiertage, die auf einen Werktag fallen) vor dem Entfernen Ihres Kindes von der öffentlichen Schule schriftlich mitgeteilt haben, dass Sie mit der vom Schulbezirk vorgeschlagenen Platzierung nicht einverstanden sind, einschließlich der Angabe Ihrer Bedenken und Ihrer Absicht, Ihr Kind auf öffentliche Kosten an einer Privatschule anzumelden; **oder**
2. der Schulbezirk Sie vor der Beendigung des Besuchs Ihres Kindes an der öffentlichen Schule schriftlich über seinen Vorschlag zur Beurteilung Ihres Kindes benachrichtigt hat und eine Erklärung über den Zweck der Beurteilung beigefügt hat, Sie das Kind aber nicht für eine angemessene und vernünftige Beurteilung durch den Schulbezirk zur Verfügung gestellt haben; **oder**
3. der Anhörungsbeauftragte oder das Gericht gerichtlich feststellen, dass Sie unangemessen gehandelt haben.

Die Kostenerstattung wird jedoch nicht gekürzt oder verweigert, wenn Sie es versäumt haben, dem Schulbezirk die erforderliche Benachrichtigung über Ihre Uneinigkeit und Ihre Absicht, Ihr Kind an einer Privatschule anzumelden, zukommen zu lassen, wenn:

1. Die Schule die Sie daran gehindert hat, die Benachrichtigung zu übermitteln;
2. Ihnen nicht wie vorgeschrieben die Elternrechte und Verfahrensgarantien von South Dakota ausgehändigt wurden, in denen Sie über Ihre Verantwortung für die Benachrichtigung des Schulbezirks informiert wurden; **oder**
3. die Einhaltung der Benachrichtigung durch Sie wahrscheinlich zu einem körperlichen Schaden für Ihr Kind führen würde.

Darüber hinaus kann die Kostenerstattung nach Ermessen des Anhörungsbeauftragten oder des Gerichts nicht gekürzt oder verweigert werden, wenn Sie den Anforderungen der Benachrichtigung aus folgenden Gründen nicht nachgekommen sind:

1. Sie können nicht lesen oder schreiben oder sind der englischen Sprache nicht mächtig; **oder**
2. die Einhaltung der Benachrichtigung durch Sie würde wahrscheinlich zu einem körperlichen Schaden für Ihr Kind führen.

Disziplinierung von Schülern mit Behinderungen

Disziplinierung von Schülern mit Behinderungen

Allgemeine Vorschriften 34 CFR 300.530(a)-(d); ARSD 24:05:26:02.02; ARSD 24:05:26:02.01

Wenn Ihr Kind mit einer Behinderung gegen einen Verhaltenskodex für Schüler verstößt, kann das Schulpersonal Ihr Kind **für höchstens 10 aufeinanderfolgende Schultage** von seinem derzeitigen Platz in eine vorübergehende alternative Lernumgebung (*Interim Alternative Educational Setting, IAES*) oder eine andere Umgebung versetzen oder Ihr Kind suspendieren, soweit diese Konsequenzen auch auf Kinder ohne Behinderung angewandt werden. Weitere Schulverweise von nicht mehr als 10 aufeinanderfolgenden Schultagen im selben Schuljahr aufgrund von Fehlverhalten sind möglich, solange diese Verweise keinen Wechsel der Schulplatzierung darstellen (siehe unten: **Disziplinarischer Wechsel der Schulplatzierung**).

Für jeden Tag des **Schulverweises, der über 10 Schultage im selben Schuljahr** hinausgeht und keinen Wechsel der Schulplatzierung darstellt, muss das Schulpersonal in Absprache mit mindestens einem der Lehrer des Kindes bestimmen, inwieweit Leistungen erforderlich sind, damit das Kind weiterhin am allgemeinen Lehrplan teilnehmen kann, wenn auch in einer anderen Umgebung, und Fortschritte bei den Zielen, die im IEP-Meeting des Kindes festgelegt wurden, erzielen zu können. Der Schulbezirk muss Ihrem Kind die Dienste zur Verfügung stellen, die vom Schulpersonal in Absprache mit mindestens einem der Lehrer des Kindes festgelegt wurden.

Das Schulpersonal kann von Fall zu Fall die besonderen Umstände berücksichtigen, wenn es feststellt, ob eine Änderung der Unterbringung für Ihr Kind angemessen ist, wenn es gegen einen Verhaltenskodex für Schüler verstößt. Bei der Einzelfallentscheidung, ob ein disziplinarischer Wechsel der Unterbringung angemessen ist, können Faktoren wie die disziplinarische Vorgeschichte Ihres Kindes, die Fähigkeit, Konsequenzen zu verstehen, der Ausdruck von Reue und die Unterstützung, die Ihr Kind vor dem Verstoß gegen eine Schulordnung erhalten hat, besondere Umstände sein, die vom Schulpersonal berücksichtigt werden.

Disziplinarischer Wechsel der Platzierung

34 CFR 300.536, 34 CFR 300.530(h) ARSD 24:05:26:02.01; 34 CFR 300.530(h)

Ein Verweis Ihres Kindes von der derzeitigen schulischen Platzierung stellt eine **Änderung der Platzierung** dar, wenn:

1. Der Schulverweis für mehr als 10 aufeinanderfolgende Schultage erfolgt; **oder**
2. Ihr Kind einer Reihe von Verweisen ausgesetzt war, die ein Muster darstellen, weil:
 - a. Die Serie von Schulverweisen insgesamt mehr als 10 Schultage in einem Schuljahr beträgt;
 - b. Das Verhalten Ihres Kindes im Wesentlichen seinem Verhalten bei früheren Vorfällen, die zu der Reihe von Schulverweisen geführt haben, ähnelt; **und**
 - c. es weitere Faktoren gibt, wie z. B. die Dauer der einzelnen Schulverweise, die Gesamtzeit des Schulverweises und die zeitliche Nähe der Schulverweise zueinander.

Der Schulbezirk entscheidet von Fall zu Fall, ob eine Serie von Schulverweisen einen Wechsel der Platzierung darstellt. Wenn der Schulbezirk beschließt, Ihr Kind wegen eines Verstoßes gegen einen Verhaltenskodex in einer Weise zu verweisen, die eine Änderung der Platzierung zur Folge hat, muss der Schulbezirk Sie noch am selben Tag benachrichtigen und Ihnen diesen Hinweis über die Verfahrensgarantie zukommen lassen. Die Entscheidung, ob ein Schulverweis eine Änderung der Platzierung darstellt, wird im Rahmen eines ordnungsgemäßen Verfahrens durch eine Anhörung und ein Rechtsverfahren überprüft.

Vor einer disziplinarischen Änderung der Platzierung Ihres Kindes muss ein IEP-Team-Meeting abgehalten werden, um eine Manifestationsfeststellung durchzuführen.

Manifestationsfeststellung und mögliche Ergebnisse

34 CFR 300.530(c) und (e); ARSD 24:05:26:09.03; 34 CFR 300.531; ARSD 24:05:26:09.02

Innerhalb von 10 Schultagen nach einer Entscheidung über die Änderung der Platzierung Ihres Kindes aufgrund eines Verstoßes gegen einen Verhaltenskodex für Schüler muss das IEP-Team Ihres Kindes (wie von Ihnen und dem Schulbezirk festgelegt) alle relevanten Informationen in der Akte Ihres Kindes, einschließlich seines IEP, aller Beobachtungen der Lehrer und aller von Ihnen bereitgestellten relevanten Informationen, überprüfen, um festzustellen:

1. ob das betreffende Verhalten durch die Behinderung Ihres Kindes verursacht wurde oder in direktem und wesentlichem Zusammenhang damit stand; **oder**
2. ob das fragliche Verhalten das direkte Ergebnis des Versäumnisses des Schulbezirks war, den IEP Ihres Kindes umzusetzen.

Wenn das IEP-Team Ihres Kindes feststellt, dass entweder (1) oder (2) der obigen Punkte erfüllt sind, ist das Verhalten eine Manifestation der Behinderung Ihres Kindes.

Wenn der Verstoß gegen den Verhaltenskodex eine Manifestation der Behinderung Ihres Kindes war, muss der Schulbezirk sofort Maßnahmen ergreifen, um diese Mängel zu beheben. Außerdem muss das IEP-Team:

1. Eine **funktionale Verhaltensbeurteilung (Functional Behavior Assessment, FBA)** durchführen, es sei denn, der Schulbezirk hat eine FBA durchgeführt, und einen **Verhaltensinterventionsplan (Behavioral Intervention Plan, BIP)** für Ihr Kind umsetzen; **oder**
2. wenn bereits ein BIP entwickelt wurde, muss dieser überprüft und gegebenenfalls geändert werden, um das Verhalten zu korrigieren; **und**
3. außer in Fällen "besonderer Umstände" (z. B. Waffen, Drogen, schwere Körperverletzung) muss Ihr Kind wieder wie zuvor platziert werden, es sei denn, Sie und der Schulbezirk einigen sich auf eine Änderung der Platzierung als Teil der Änderung des BIP Ihres Kindes.

Bitte beachten Sie: Für Ihr Kind gelten dieselben Disziplinarmaßnahmen und Regeln wie für jeden anderen Schüler an der Schule, und es wird weiterhin die im IEP beschriebenen Leistungen erhalten, aber diese Leistungen werden möglicherweise nicht am selben Ort erbracht.

Wenn der Verstoß gegen den Verhaltenskodex keine Manifestation der Behinderung Ihres Kindes war, kann das Kind auf dieselbe Art und Weise und für dieselbe Dauer diszipliniert werden wie Kinder ohne Behinderung (mit der Ausnahme, dass Ihrem Kind entsprechende Leistungen angeboten werden müssen). Da es sich bei dem Verweis um eine Änderung der Platzierung handelt, muss das IEP-Team:

1. Sicherstellen, dass Ihr Kind gegebenenfalls eine FBA, Verhaltensinterventionsdienste und Modifikationen erhält, die darauf abzielen, die Verhaltensverletzung zu beheben, damit sie sich nicht wiederholt;
2. entscheiden, welche Leistungen für Ihr Kind zu erbringen sind, damit es weiterhin am allgemeinen Lehrplan teilnehmen kann, wenn auch in einer anderen Umgebung, und Fortschritte bei den festgelegten Zielen im IEP Ihres Kindes erzielen kann; **und**
3. eine Entscheidung über die vorläufige alternative Bildungsumgebung für die Erbringung von Leistungen für Ihr Kind treffen.

Besondere Umstände und mögliche Ergebnisse

34 CFR 300.530(g); 34 CFR 300.531; ARSD 24:05:26:09.02

Auch wenn das Verhalten Ihres Kindes als Manifestation der Behinderung Ihres Kindes eingestuft wird, kann das Schulpersonal Ihr Kind für höchstens **45 Schultage** in eine alternative Bildungsumgebung (IAES) verweisen, wenn Ihr Kind:

1. Eine Waffe in der Schule, auf dem Schulgelände oder bei einer Schulveranstaltung mit sich führt oder eine Waffe besitzt;
2. Wissentlich illegale Drogen besitzt oder konsumiert oder eine kontrollierte Substanz in der Schule, auf dem Schulgelände oder bei einer Schulveranstaltung verkauft oder für den Verkauf wirbt; **oder**
3. einer anderen Person in der Schule, auf dem Schulgelände oder bei einer Schulveranstaltung schwere körperliche Schäden zugefügt hat.

Bevor die Platzierung des Kindes aufgrund dieser besonderen Umstände geändert wird, muss das IEP-Team:

1. Sicherstellen, dass Ihr Kind gegebenenfalls eine FBA, Verhaltensinterventionsdienste und Modifikationen erhält, die darauf abzielen, die Verhaltensverletzung zu beheben, damit sie sich nicht wiederholt;
2. entscheiden, welche Leistungen für Ihr Kind zu erbringen sind, damit es weiterhin am allgemeinen Lehrplan teilnehmen kann, wenn auch in einer anderen Umgebung, und Fortschritte bei den festgelegten Zielen im IEP Ihres Kindes erzielen kann; **und**
3. eine Entscheidung über die vorläufige alternative Bildungsumgebung für die Erbringung von Leistungen für Ihr Kind treffen.

Wird festgestellt, dass das Verhalten keine Manifestation der Behinderung des Kindes ist, kann das Kind auf dieselbe Weise und für dieselbe Dauer wie Kinder ohne Behinderung diszipliniert werden, wie oben unter Manifestationsfeststellung beschrieben.

Weitere Informationen zu den oben genannten Punkten finden Sie in den Definitionen im Anhang.

Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren in Zusammenhang mit der Disziplinierung von Schülern mit Behinderungen

34 CFR 300.532(a); ARSD 24:05:26:09.06; 34 CFR 300.532(b); ARSD 24:05:26:08.02; 34 CFR 300.532(c); ARSD 24:05:26:09.08; 34. CFR 300.533; ARSD 24:05:26:09.07

Wenn Sie mit einer Entscheidung bezüglich der Manifestationsfeststellung **oder** der Platzierung Ihres Kindes im Rahmen der Disziplinarverfahren des IDEA nicht einverstanden sind, **können** Sie eine Anhörung beantragen, indem Sie eine Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren einreichen.

Wenn ein Schulbezirk der Meinung ist, dass die Beibehaltung der derzeitigen Platzierung Ihres Kindes mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer Verletzung Ihres Kindes oder anderer Personen führen würde, **kann** der Schulbezirk außerdem eine Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren einreichen und eine Anhörung beantragen.

Ein Anhörungsbeauftragter hört sich eine Beschwerde an, die gemäß dem Abschnitt über disziplinarische Beschwerden des IDEA beantragt wurde, und trifft eine Entscheidung darüber. Der Anhörungsbeauftragte kann:

1. Ihr Kind wieder in die ursprüngliche Platzierung zurückschicken, wenn der Anhörungsbeauftragte feststellt, dass der Verweis ein Verstoß gegen das Disziplinarverfahren war oder dass das Verhalten Ihres Kindes eine Manifestation der Behinderung des Kindes war; **oder**
2. eine Änderung der Platzierung Ihres Kindes in einer geeigneten alternativen Bildungsumgebung für höchstens 45 Schultage anordnen, wenn der Anhörungsbeauftragte feststellt, dass die Beibehaltung der derzeitigen Platzierung Ihres Kindes mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer Schädigung des Kindes oder anderer Personen führen würde.

Der Schulbezirk kann den Prozess zur Beantragung einer Anhörung wiederholen, um die Änderung der Platzierung um weitere 45 Schultage zu verlängern, wenn der Schulbezirk der Meinung ist, dass Ihr Kind sich selbst oder andere Kinder mit hoher Wahrscheinlichkeit verletzen würde, wenn es in die ursprüngliche Platzierung zurückkehrt.

Wenn eine Anhörung im Rahmen des Abschnitts über disziplinarische Beschwerden des IDEA beantragt wird, müssen Sie oder der Schulbezirk, der an dem Konflikt beteiligt ist, die Gelegenheit zu einer schnellen, unparteiischen Anhörung im Rahmen eines ordnungsgemäßen Verfahrens erhalten. Diese Anhörungen werden als **Anhörungen im Rahmen eines beschleunigten ordnungsgemäßen Verfahrens** bezeichnet.

Das State Special Education Programs Office ist für die Zuweisung eines unparteiischen Anhörungsbeauftragten zuständig. Der Anhörungsbeauftragte ist für die Organisation der Anhörung im Rahmen des beschleunigten ordnungsgemäßen Verfahrens zuständig, die innerhalb von 20 Schultagen nach Einreichung des Anhörungsantrags stattfinden muss. Der Anhörungsbeauftragte muss innerhalb von 10 Schultagen nach dem Anhörungstermin eine Entscheidung treffen.

Es sei denn, Sie und der Schulbezirk vereinbaren schriftlich, auf das Treffen zur Entscheidungsfindung zu verzichten oder den Prozess der Mediation zu nutzen:

1. Ein Treffen zur Entscheidungsfindung muss innerhalb von sieben Tagen nach Erhalt der Benachrichtigung über die Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren stattfinden; **und**
2. die Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren kann fortgesetzt werden, wenn die Angelegenheit nicht innerhalb von 15 Tagen nach Eingang der Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren geklärt ist.

Sie oder der Schulbezirk können gegen die Entscheidung des Anhörungsbeauftragten in einem beschleunigten ordnungsgemäßen Verfahren auf dieselbe Weise Berufung einlegen wie gegen Entscheidungen in anderen ordnungsgemäßen Verfahren.

Wenn entweder die Eltern oder der Schulbezirk eine Anhörung im Rahmen des Abschnitts über disziplinarische Beschwerden des IDEA beantragen, muss das Kind in der **vorläufigen alternativen Bildungsumgebung** verbleiben, bis über die Beschwerde entschieden ist, es sei denn, es liegen besondere Umstände vor und/oder Sie und der Schulbezirk vereinbaren etwas anderes.

Schutz für Kinder, die als nicht anspruchsberechtigt eingestuft werden

34 CFR 300.534; ARSD 24:05:26:14

Ein Kind, das gegen den Verhaltenskodex verstoßen hat, aber noch nicht für sonderpädagogische und damit zusammenhängende Leistungen in Frage kommt, kann sämtliche IDEA-Schutzmaßnahmen in Anspruch nehmen, wenn der Schulbezirk Kenntnis davon hatte, dass es sich bei dem Kind möglicherweise um ein Kind mit einer Behinderung handelt.

Für die Zwecke der Ausweitung des IDEA-Schutzes wird davon ausgegangen, dass ein Schulbezirk Kenntnis davon hatte, dass ein Kind möglicherweise ein Kind mit einer Behinderung ist, bevor das Verhalten auftrat, das zu einer Disziplinarmaßnahme führte, wenn:

1. Sie schriftlich gegenüber Aufsichtspersonal, Verwaltungspersonal oder einem Lehrer Ihres Kindes die Besorgnis geäußert haben, dass Ihr Kind sonderpädagogische und damit verbundene Leistungen benötigt;
2. Sie eine Beurteilung Ihres Kindes beantragt haben; **oder**
3. Der Lehrer Ihres Kindes oder andere Mitarbeiter der örtlichen Bildungsbehörde sich direkt an den Verantwortlichen für Sonderpädagogik des Schulbezirks oder sonstiges Aufsichtspersonal des Schulbezirks gewandt haben, weil Ihr Kind ein bestimmtes Verhalten gezeigt hat.

Es wird nicht davon ausgegangen, dass ein Schulbezirk weiß, dass es sich bei Ihrem Kind um ein Kind mit einer Behinderung handelt, wenn Sie einer Beurteilung Ihres Kindes nicht zugestimmt haben, oder wenn Sie Ihre Zustimmung verweigert haben, dass Ihr Kind sonderpädagogische oder damit verbundene Leistungen gemäß Teil B des IDEA erhält, oder wenn Ihr Kind zuvor beurteilt wurde und festgestellt wurde, dass es sich nicht um ein Kind mit einer Behinderung gemäß Teil B des IDEA handelt.

Wenn der Schulbezirk nicht wusste, dass Ihr Kind möglicherweise ein Kind mit einer Behinderung ist, bevor er Ihr Kind diszipliniert hat, erstreckt sich der Schutz des IDEA nicht auf Ihr Kind. Stattdessen gelten für Ihr Kind die regulären Disziplinarmaßnahmen, die nicht behinderte Kinder bei Verstößen gegen die Verhaltensregeln erhalten. Wenn Sie oder der Schulbezirk jedoch eine Beurteilung Ihres Kindes während der Disziplinarmaßnahme beantragen, muss der Schulbezirk die Beurteilung in einem beschleunigten Verfahren durchführen. Während dieses Zeitraums der **beschleunigten Beurteilung** verbleibt Ihr Kind bis zum Abschluss der Beurteilung in der von den Schulbehörden festgelegten schulischen Platzierung, die eine Aussetzung oder einen Schulverweis ohne pädagogische Leistungen beinhalten kann. Wird Ihr Kind unter Berücksichtigung der Informationen aus der vom Schulbezirk durchgeführten Beurteilung und der von Ihnen zur Verfügung gestellten Informationen als behindertes Kind eingestuft, muss der Schulbezirk Ihrem Kind sonderpädagogische und damit zusammenhängende Leistungen in Übereinstimmung mit allen Bestimmungen von Teil B des IDEA, einschließlich der Disziplinarbestimmungen und der FAPE-Anforderungen, zur Verfügung stellen.

Staatliche Konfliktlösungsverfahren

Schriftliche Beschwerden auf staatlicher Ebene

34 CFR 300.151; ARSD 24:05:15:02; 34 CFR 300.153; ARSD 24:05:15:03; 34 CFR 300.152; ARSD 24:05:15:05

Eine staatliche Beschwerde ist eine schriftliche, unterzeichnete Erklärung einer Einzelperson oder einer Organisation, einschließlich von Beschwerdeführern aus anderen Bundesstaaten, in der behauptet wird, dass das Bildungsministerium von South Dakota, das State Special Education Programs Office oder ein Schulbezirk gegen eine Anforderung von Teil B des IDEA oder gegen die entsprechenden bundes- oder einzelstaatlichen Gesetze, Regeln oder Vorschriften, die für Sonderpädagogik-Programme gelten, verstoßen hat. Die Beschwerde muss auch die Fakten der Situation enthalten.

	Staatliche Beschwerde
Wann sie verwendet wird	Eine staatliche Beschwerde wird eingereicht, wenn man der Meinung ist, dass ein öffentlicher Schulbezirk oder eine Behörde den IDEA nicht befolgt hat, und der Beschwerdeführer die staatliche Bildungsbehörde (State Educational Agency, SEA) auffordert, eine Untersuchung durchzuführen.
Wer eine Beschwerde einreichen kann	Jede Person oder Organisation kann eine staatliche Beschwerde einreichen.
Wie man eine Beschwerde einreicht	Die Partei, die die staatliche Beschwerde einreicht, muss eine Kopie der Beschwerde an den Schulbezirk weiterleiten, in dem das Kind unterrichtet wird, und gleichzeitig die Beschwerde bei dem State Special Education Programs Office einreichen. Das State Special Education Programs Office hat ein Musterformular entwickelt, um Eltern und andere Parteien bei der Einreichung einer staatlichen Beschwerde zu unterstützen; Sie sind jedoch nicht verpflichtet, dieses Musterformular zu verwenden. Sie können das entsprechende Musterformular oder ein anderes Formular oder ein anderes Dokument verwenden, solange das verwendete Formular oder Dokument die inhaltlichen Anforderungen für die Einreichung einer staatlichen Beschwerde erfüllt. Musterformulare finden Sie unter https://doe.sd.gov/sped/complaints.aspx .
Ergebnis oder erwünschtes Resultat	Schriftliche Entscheidung, die Feststellungen, Schlussfolgerungen und eine endgültige Entscheidung enthält. Enthält ggf. auch Korrekturmaßnahmen, die der Bezirk ergreifen muss.
Nutzen	Schriftliche Entscheidung innerhalb von 60 Kalendertagen nach Einreichung, sofern die Frist nicht verlängert wird. Schriftliche staatliche Beschwerde ist relativ einfach einzureichen. Wenn Feststellungen getroffen werden, können einzelne schülerbezogene oder distriktweite systemische Probleme geändert werden.
Entscheidungsträger	Der Staat ist dafür verantwortlich, dass die Untersuchung abgeschlossen und ein Abschlussbericht erstellt wird.
Zeitraum für Einreichung, Meeting und Entscheidung	Die Beschwerde muss sich auf einen Verstoß beziehen, der nicht länger als ein Jahr vor dem Eingang der Beschwerde bei der Behörde zurückliegt . Eine schriftliche Entscheidung muss innerhalb von 60 Kalendertagen nach Einreichung des Beschwerdeantrags ergehen, es sei denn, die Frist wird verlängert (die Verlängerung darf 30 Tage nicht überschreiten).
Was muss in dem Antrag enthalten sein?	1. Eine Erklärung, dass das Bildungsministerium von South Dakota, das State Special Education Programs Office oder ein Schulbezirk gegen Teil B des IDEA oder gegen die entsprechenden Bundes- oder Landesgesetze, Regeln oder Vorschriften verstoßen hat, die für Sonderpädagogik gelten;

	<ol style="list-style-type: none"> 2. Die Fakten, auf denen die Erklärung beruht; 3. Unterschrift und Kontaktinformationen des Beschwerdeführers; und 4. Falls Verstöße in Bezug auf ein bestimmtes Kind geltend gemacht werden: <ol style="list-style-type: none"> (a) Name und Anschrift des Wohnorts des Kindes; (b) Name der Schule, die das Kind besucht; (c) Im Falle eines obdachlosen Kindes oder Jugendlichen (im Sinne von Abschnitt 725(2) des McKinney-Vento Homeless Assistance Act (42 U.S.C. 11434a(2)), verfügbare Kontaktinformationen für das Kind und der Name der Schule, die das Kind besucht; (d) Beschreibung der Art des Problems des Kindes, einschließlich der Fakten, die das Problem betreffen; und (e) Ein Lösungsvorschlag für das Problem, soweit er der Partei zum Zeitpunkt der Einreichung der Beschwerde bekannt und zugänglich ist.
<p>Was geschieht nach der Einreichung?</p>	<p>Der State Director of Special Education Programs (Staatlicher Direktor für Sonderpädagogik) ernannt einen Untersuchungsbeauftragten für die Beschwerde und alle erforderlichen Berater, um die Beschwerde zu untersuchen.</p> <p>Der Untersuchungsbeauftragte kann erforderlichenfalls eine unabhängige Untersuchung vor Ort durchführen.</p> <p>Der Untersuchungsbeauftragte muss dem Beschwerdeführer gestatten, entweder mündlich oder schriftlich zusätzliche Informationen zu den in der Beschwerde erhobenen Vorwürfen vorzulegen, die über das hinausgehen, was in der schriftlichen staatlichen Beschwerde enthalten war.</p> <p>Der Untersuchungsbeauftragte muss dem Schulbezirk die Möglichkeit geben, auf die Beschwerde zu antworten, was mindestens Folgendes einschließt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Nach Ermessen des Schulbezirks einen Vorschlag zur Beilegung der Beschwerde unterbreiten; und 2. Einem Elternteil, das eine Beschwerde eingereicht hat, und dem Schulbezirk die Möglichkeit zu geben, sich freiwillig auf eine Mediation einzulassen. <p>Der Untersuchungsbeauftragte gibt eine Empfehlung an den State Director of Special Education Programs ab;</p> <p>Nach Prüfung aller relevanten Informationen trifft der State Director of Special Education Programs eine unabhängige Entscheidung darüber, ob die Beschwerde berechtigt ist, welche Abhilfemaßnahmen erforderlich sind, um die Beschwerde zu lösen, und innerhalb welcher Frist die Abhilfemaßnahmen abgeschlossen werden müssen. Der State Director of Special Education Programs legt allen beteiligten Parteien einen schriftlichen Bericht über die endgültige Entscheidung vor.</p> <p>Der schriftliche Bericht geht auf jeden einzelnen Vorwurf in der Beschwerde ein, enthält Tatsachenfeststellungen und Schlussfolgerungen sowie eine Begründung für die endgültige Entscheidung.</p> <p>Die Dokumentation der von einem Schulbezirk ergriffenen Abhilfemaßnahmen wird vom State Special Education Programs Office aufbewahrt und in den staatlichen Überwachungsprozess einbezogen.</p>
<p>Dinge, die zu beachten sind</p>	<p>Eine Angelegenheit kann nicht gleichzeitig Gegenstand einer staatlichen Beschwerde und einer Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren sein. Wenn dies der Fall ist, stellt der Staat alle Teile der staatlichen Beschwerde, die in dem ordnungsgemäßen Verfahren behandelt werden, bis zum Abschluss der Anhörung zurück. Alle anderen Fragen in der staatlichen Beschwerde, die nicht Teil der</p>

	<p>Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren sind, werden rechtzeitig im Rahmen des staatlichen Beschwerdeverfahrens geklärt.</p> <p>Wenn ein in einer staatlichen Beschwerde aufgeworfener Sachverhalt bereits in einem ordnungsgemäßen Verfahren mit denselben Parteien entschieden wurde, ist die Anhörungsentscheidung in diesem Punkt bindend und das State Special Education Programs Office muss den Beschwerdeführer davon in Kenntnis setzen.</p> <p>Eine staatliche Beschwerde, in der behauptet wird, dass ein Schulbezirk es versäumt hat, ein ordnungsgemäßes Verfahren durchzuführen, muss vom State Special Education Programs Office entschieden werden.</p>
Kosten	Keine Kosten für die einreichende Partei

Mediationen

34 CFR 300.506; ARSD 24:05.30.05

Die Parteien können Konflikte in allen Angelegenheiten, die unter die staatlichen Vorschriften zur Sonderpädagogik fallen, im Rahmen eines Mediations-Prozesses lösen.

Mediation bietet einen positiven, weniger gegnerischen Ansatz zur Beilegung von Konflikten zwischen Eltern und Schulsystemen. Mit Hilfe eines qualifizierten und unparteiischen Vermittlers (des Mediators) werden die Konfliktparteien ermutigt, offen und respektvoll über ihre Differenzen zu sprechen und eine Einigung zu erzielen. Die Entscheidungsbefugnis liegt immer bei den Teilnehmern der Mediation.

Mediations-Prozess	
Wann verwendet	<p>Immer dann, wenn es zwischen Eltern und öffentlichen Schulbezirken zu Meinungsverschiedenheiten über Sonderpädagogik und damit verbundene Leistungen kommt.</p> <p>Beide Parteien müssen der Mediation zustimmen, und sie ist freiwillig.</p>
Wer eine Beschwerde einreichen kann	Eltern oder Schulbezirk
Wie man eine Beschwerde einreicht	<p>Die Partei, die die Mediation beantragt, sollte den Antrag per E-Mail, Post oder Fax an das State Special Education Programs Office senden.</p> <p>Das State Special Education Programs Office hat ein Musterformular entwickelt, um Eltern und andere Parteien bei der Einreichung einer Mediationsanfrage zu unterstützen; Sie sind jedoch nicht verpflichtet, dieses Musterformular zu verwenden. Sie können das entsprechende Musterformular oder ein anderes Formular oder ein anderes Dokument verwenden. Musterformulare finden Sie unter https://doe.sd.gov/sped/complaints.aspx.</p>
Ergebnis oder erwünschtes Resultat	Ausarbeitung einer schriftlichen, unterzeichneten Mediationsvereinbarung, die vor jedem staatlichen Gericht oder vor einem Bezirksgericht der Vereinigten Staaten durchsetzbar ist.
Nutzen	<p>Die Gespräche sind vertraulich. Die Gespräche können nicht als Beweismittel in einem ordnungsgemäßen Verfahren verwendet werden.</p> <p>Die Vereinbarung muss sowohl von Ihnen als auch von einem Vertreter des Schulbezirks unterzeichnet werden, der befugt ist, für den Schulbezirk zu unterschreiben.</p>
Entscheidungsträger	Entscheidungsträger Eltern und Schulbezirk arbeiten zusammen, haben die Kontrolle über das Ergebnis und entwickeln die Lösungen.
Zeitraumen für Einreichung, Meeting und Entscheidung	<p>Jederzeit möglich, auch wenn bereits eine staatliche Beschwerde oder eine Anhörung im Rahmen eines ordnungsgemäßen Verfahrens eingereicht wurde.</p> <p>Der Staat muss sicherstellen, dass jede Mediations-Sitzung rechtzeitig angesetzt wird und an einem Ort stattfindet, der für die Streitparteien günstig ist [§300.506(b)(5)].</p>

Was muss in dem Antrag enthalten sein?	Es gibt keine vorgeschriebenen Anforderungen; Sie können jedoch das oben erwähnte Musterformular als Leitfaden verwenden.
Was geschieht nach der Einreichung?	Die Mediation muss von einem qualifizierten und unparteiischen Mediator durchgeführt werden, der in effektiven Mediations-Techniken geschult ist. Mediatoren werden nach dem Zufallsprinzip im Wechsel oder auf anderer unparteiischer Basis ausgewählt. SEP führt eine Liste von Personen, die qualifiziert sind und sich mit den Gesetzen und Vorschriften für die Erbringung von Leistungen der Sonderpädagogik und damit zusammenhängenden Dienstleistungen auskennen. Jede Sitzung im Rahmen des Mediations-Prozesses muss rechtzeitig angesetzt werden und an einem Ort stattfinden, der für Sie und den Schulbezirk günstig ist. Bei der Mediation handelt es sich um einen informellen Prozess, der in einer nicht gegnerischen Atmosphäre stattfindet.
Dinge, die zu beachten sind	Mediation darf nicht dazu dienen, das Recht eines Elternteils auf eine Anhörung im Rahmen einer Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren zu verweigern oder zu verzögern oder andere Rechte zu verweigern, die unter Teil B des IDEA gewährt werden. Wenn Sie sich gegen den Prozess der Mediation entscheiden, kann Ihnen das State Special Education Programs Office oder der Schulbezirk die Möglichkeit eines Meetings mit einer unparteiischen Partei zu einem für Sie günstigen Zeitpunkt und an einem für Sie günstigen Ort anbieten, um Sie zur Nutzung des Mediationsprozesses zu ermutigen und Ihnen dessen Vorteile zu erklären. Diese Partei steht unter Vertrag mit einem Elternausbildungs- und -informationszentrum oder einem kommunalen Elternressourcenzentrum im Bundesstaat oder einer geeigneten Einrichtung für alternative Konfliktlösung.
Kosten	Der Staat trägt die Kosten für den Prozess der Mediation, einschließlich der Meetings mit einer unparteiischen Partei.

Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren

34 CFR 300.507; 34 CFR 300.508-509; ARSD 24:05:30:07.01

Sie oder ein Schulbezirk können eine Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren einreichen, wenn es um die Identifizierung, Beurteilung, schulische Platzierung oder die Bereitstellung einer FAPE für Ihr Kind geht.

Unparteiische Anhörung im Rahmen eines ordnungsgemäßen Verfahrens

34 CFR 300.511-515; ARSD 24:05:30:09.04

Wenn eine Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren eingeht, einschließlich einer Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren in Bezug auf Disziplinarverfahren, müssen Sie oder der Schulbezirk, der in den Konflikt verwickelt ist, die Möglichkeit zu einer Anhörung in einem ordnungsgemäßen Verfahren haben, es sei denn, die Angelegenheit wird vor der Anhörung zufriedenstellend gelöst. Das State Special Education Programs Office ist dafür verantwortlich, dass die Anhörung im Rahmen eines ordnungsgemäßen Verfahrens unparteiisch durchgeführt wird.

Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren	
Wann verwendet	Zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten im Zusammenhang mit der Identifizierung, Beurteilung, Platzierung oder Bereitstellung einer kostenlosen angemessenen öffentlichen Bildung (FAPE).
Wer eine Beschwerde einreichen kann	Ein Elternteil oder ein Schulbezirk kann eine Anhörung im Rahmen eines ordnungsgemäßen Verfahrens beantragen. Ein Anwalt oder Beistand im Namen der Eltern oder des öffentlichen Schulbezirks.
Wie man eine Beschwerde einreicht	Das State Special Education Programs Office hat ein Musterformular entwickelt, das Ihnen und den Schulbezirken bei der Einreichung einer Benachrichtigung zur Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren helfen soll. Sie sind

	<p>nicht verpflichtet, die Musterformulare zu verwenden. Eine Partei, die eine Anhörung zu einem ordnungsgemäßen Verfahren beantragt, kann das vom Staat entwickelte Musterformular, ein anderes Formular oder ein anderes Dokument verwenden, solange das verwendete Formular oder Dokument die inhaltlichen Anforderungen für die Einreichung einer Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren erfüllt. Musterformulare finden Sie unter https://doe.sd.gov/sped/complaints.aspx.</p> <p>Die Partei, die die Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren einreicht, muss auch eine Kopie der Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren an das State Special Education Programs Office weiterleiten.</p> <p>Die Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren muss die folgenden Informationen enthalten:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Name des Kindes; 2. Anschrift des Wohnorts des Kindes; 3. Name der Schule, die das Kind besucht; 4. Im Falle eines obdachlosen Kindes oder Jugendlichen (im Sinne von Abschnitt 725(2) des McKinney-Vento Homeless Assistance Act (42 U.S.C. 11434a(2)), verfügbare Kontaktinformationen für das Kind und der Name der Schule, die das Kind besucht; 5. Eine Beschreibung der Art des Problems des Kindes im Zusammenhang mit der vorgeschlagenen oder abgelehnten Einleitung oder Änderung, einschließlich der Fakten in Bezug auf das Problem; und 6. einen Lösungsvorschlag für das Problem. <p>Sie oder der Schulbezirk können keine Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren durchführen, bis die Partei, die die Anhörungsbeschwerde beantragt, eine Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren einreicht, die die oben aufgeführten Anforderungen von IDEA Teil B erfüllt.</p>
<p>Rechte der Teilnehmer bei der Anhörung</p>	<p>Rechte bei der Anhörung - ARSD 24:05:30:12 Jeder Teilnehmer einer Anhörung hat das Recht auf:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Begleitung und Beratung durch einen Rechtsbeistand und durch Personen mit besonderen Kenntnissen oder einer besonderen Ausbildung in Bezug auf die Probleme von Kindern mit Behinderungen, wobei keine Partei das Recht hat, sich bei einer Anhörung durch einen Nicht-Anwalt vertreten zu lassen; 2. Die Vorführung von Beweismitteln, Kreuzverhör und Vernehmung von Zeugen; 3. Verbot der Einführung von Beweismitteln bei der Anhörung, die der Partei nicht mindestens 5 Werktage vor der Anhörung mitgeteilt wurden; 4. Den Erhalt eines schriftlichen oder wahlweise elektronischen Wortprotokolls der Anhörung; und 5. Den Erhalt von schriftlichen oder wahlweise elektronischen Tatsachenfeststellungen und Entscheidungen. <p>Zusätzliche Offenlegung von Informationen - ARSD 24:05:30:12.01 Mindestens fünf Arbeitstage vor einer Anhörung legen Sie und der Schulbezirk einander alle bis zu diesem Zeitpunkt abgeschlossenen Beurteilungen und auf Beurteilungen basierende Empfehlungen offen, die Sie oder der Schulbezirk bei der Anhörung zu verwenden beabsichtigen.</p>

	<p>Ein Anhörungsbeauftragter kann die betreffende Beurteilung oder Empfehlung bei der Anhörung ausschließen, wenn die Offenlegungsvorschriften nicht eingehalten wurden.</p> <p>Rechte der Eltern bei Anhörungen Als Elternteil, das an einer Anhörung beteiligt ist, haben Sie das Recht auf:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Anwesenheit des Kindes, um das es bei der Anhörung geht; 2. Öffnung der Anhörung für die Öffentlichkeit; und 3. Den Erhalt des Anhörungsprotokolls, der Tatsachenfeststellungen und der Entscheidungen ohne Kosten für Sie.
<p>Ergebnis oder erwünschtes Resultat</p>	<p>Schriftliche Entscheidung mit Tatsachenfeststellungen, rechtlichen Schlussfolgerungen und Korrekturmaßnahmen, die der Bezirk gegebenenfalls ergreifen muss.</p>
<p>Nutzen</p>	<p>Ab dem Tag, an dem ein ordnungsgemäßes Verfahren eingeleitet wird, verbleibt der Schüler in seiner derzeitigen schulischen Platzierung, es sei denn, die Eltern und der öffentliche Schulbezirk vereinbaren etwas anderes.</p> <p>Die Entscheidung ist für die Parteien rechtsverbindlich.</p> <p>Das State Special Education Programs Office ist dafür verantwortlich, dass die Entscheidung befolgt wird, es sei denn, sie wird angefochten.</p>
<p>Entscheidungsträger</p>	<p>Anhörungsentscheidungen - ARSD 24:05:30:10.01 Die Entscheidung eines Anhörungsbeauftragten, dass einem Kind eine FAPE verweigert wurde, muss auf materiellen Gründen beruhen, es sei denn, der Verfahrensfehler erfüllt die Kriterien für eine Verweigerung einer FAPE.</p> <p>In Angelegenheiten, in denen ein Verfahrensfehler geltend gemacht wird, kann ein Anhörungsbeauftragter nur dann feststellen, dass Ihr Kind keine FAPE erhalten hat, wenn die Verfahrensmängel:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Das Recht Ihres Kindes auf eine FAPE behindert haben; 2. Ihre Möglichkeit, an dem IEP-Entscheidungsprozess bezüglich der Bereitstellung einer FAPE für Ihr Kind teilzunehmen, erheblich behindert haben; oder 3. Dazu geführt haben, dass Ihrem Kind ein pädagogischer Nutzen vorenthalten wurde. <p>Dieser Abschnitt ist nicht so auszulegen, dass er einen Anhörungsbeauftragten daran hindert, einen Schulbezirk anzuweisen, die IDEA-Verfahrensanforderungen zu erfüllen.</p> <p>Unparteiischer Anhörungsbeauftragter - ARSD 24:05:30:10 Ein Anhörungsbeauftragter muss mindestens:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Unparteiisch sein (d. h. kein Angestellter des Bildungsministeriums von South Dakota oder des örtlichen Schulbezirks sein und keine persönlichen oder beruflichen Interessen haben, die seine Objektivität bei der Anhörung beeinträchtigen); 2. Kenntnisse der Bestimmungen des IDEA, der bundes- und einzelstaatlichen Vorschriften zum IDEA und der rechtlichen Auslegungen des IDEA durch bundes- und einzelstaatliche Gerichte besitzen und in der Lage sein, diese zu verstehen; 3. Kenntnisse und Fähigkeiten zur Durchführung von Anhörungen in Übereinstimmung mit der angemessenen, üblichen Rechtspraxis besitzen;

	<p>4. Kenntnisse und Fähigkeiten besitzen, um Entscheidungen in Übereinstimmung mit der angemessenen, üblichen Rechtspraxis zu treffen und zu verfassen.</p> <p>Das State Special Education Programs Office und der Schulbezirk führen eine Liste der Personen, die als Anhörungsbeauftragte fungieren. Die Liste muss eine Erklärung zu den Qualifikationen jeder dieser Personen enthalten.</p>
<p>Zeitraumen für Einreichung, Meeting und Entscheidung</p>	<p>Die Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren muss sich auf einen Verstoß beziehen, der nicht mehr als zwei Jahre vor dem Datum eingetreten ist, an dem Sie oder der Schulbezirk (falls der Schulbezirk die Anhörung beantragt) von der angeblichen Grundlage der Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren wussten oder hätten wissen müssen. Die oben beschriebene Frist gilt nicht für Sie, wenn Sie aus folgenden Gründen daran gehindert wurden, eine Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren einzureichen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Konkrete Falschaussagen des Schulbezirks, dass er das Problem gelöst habe; oder 2. Der Schulbezirk hat die gemäß Teil B des IDEA erforderlichen Informationen nicht an Sie weitergegeben. <p>Fristen für die Anhörung Spätestens 45 Tage nach Ablauf der 30-tägigen Frist zur Lösungsfindung oder gegebenenfalls der angepassten Frist stellt das State Special Education Programs Office sicher, dass:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Eine endgültige Entscheidung in der Anhörung getroffen wird; und 2. eine Kopie der Entscheidung an Sie und den Schulbezirk geschickt wird. <p>Ein Anhörungsbeauftragter kann auf Antrag des Schülers oder des Schulbezirks bestimmte Verlängerungen dieser Frist gewähren.</p> <p>Jede Anhörung muss zu einem Zeitpunkt und an einem Ort stattfinden, der für Sie und das betroffene Kind angemessen ist.</p>
<p>Was geschieht mit den Leistungen für mein Kind nach Einreichen der Beschwerde?</p>	<p>Der Status des Kindes während des Verfahrens ("Stay-Put") - 34 CFR 300.518; ARSD24:05:30:14</p> <p>Während einer Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren oder eines gerichtlichen Verfahrens im Zusammenhang mit einer Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren verbleibt das von der Anhörungsbeschwerde betroffene Kind in seiner derzeitigen schulischen Platzierung, es sei denn, das State Special Education Programs Office oder Ihr Schulbezirk und Sie vereinbaren etwas anderes.</p> <p>Wenn Sie die erstmalige Aufnahme in eine öffentliche Schule beantragen, wird Ihr Kind mit Ihrer Zustimmung im öffentlichen Schulprogramm platziert, bis alle Verfahren abgeschlossen sind.</p> <p>Wenn die Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren einen Antrag auf Erstversorgung im Rahmen von Teil B für ein Kind betrifft, das von Teil C des IDEA zu Teil B wechselt und keinen Anspruch mehr auf Leistungen im Rahmen von Teil C hat, weil das Kind drei Jahre alt geworden ist, ist der Schulbezirk nicht verpflichtet, die Leistungen im Rahmen von Teil C zu erbringen, die das Kind bisher erhalten hat.</p> <p>Wenn das Kind Anspruch auf sonderpädagogische und damit verbundene Leistungen nach Teil B hat und Sie der erstmaligen Bereitstellung von</p>

	<p>sonderpädagogischen und damit verbundenen Leistungen zustimmen, muss der Schulbezirk die sonderpädagogischen und damit verbundenen Leistungen erbringen, die zwischen Ihnen und dem Schulbezirk nicht strittig sind.</p> <p>Wenn entweder die Eltern oder der Schulbezirk eine Anhörung im Rahmen des Abschnitts über disziplinarische Beschwerden des IDEA beantragen, muss das Kind in der vorläufigen alternativen Bildungsumgebung verbleiben, bis über die Beschwerde entschieden ist, es sei denn, es liegen besondere Umstände vor und/oder Sie und der Schulbezirk vereinbaren etwas anderes.</p> <p>Wenn ein Anhörungsbeamter in einer Anhörung zu einem ordnungsgemäßen Verfahren mit Ihnen übereinstimmt, dass eine Änderung der Platzierung angemessen ist, muss diese Platzierung bis zum Abschluss der Anhörung als Vereinbarung zwischen dem State Special Education Programs Office und Ihnen behandelt werden.</p>
<p>Was geschieht nach der Einreichung?</p>	<p>Hinlänglichkeit der Beschwerde - ARSD 24:05:30:08.04</p> <p>Die Anhörungsbeschwerde für ein ordnungsgemäßes Verfahren wird als ausreichend angesehen, es sei denn, die Partei, die die Anhörungsbeschwerde für ein ordnungsgemäßes Verfahren erhält, teilt dem Anhörungsbeauftragten und der anderen Partei innerhalb von 15 Tagen nach Erhalt der Anhörungsbeschwerde für ein ordnungsgemäßes Verfahren schriftlich mit, dass die Anhörungsbeschwerde nach Ansicht der empfangenden Partei nicht den inhaltlichen Anforderungen des IDEA entspricht.</p> <p>Innerhalb von fünf Tagen nach Erhalt einer solchen Mitteilung muss der Anhörungsbeauftragte anhand der Anhörungsbeschwerde feststellen, ob das ordnungsgemäße Verfahren die inhaltlichen Anforderungen des IDEA erfüllt, und die Parteien unverzüglich schriftlich über diese Feststellung informieren.</p> <p>Eine Partei kann ihre Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren im Hinblick auf eine Anhörung nur dann ändern, wenn:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die andere Partei der Änderung schriftlich zustimmt und ihr die Möglichkeit gegeben wird, die geänderte Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren durch eine Schlichtungssitzung zu erledigen; oder 2. der Anhörungsbeauftragte seine Zustimmung erteilt, mit der Ausnahme, dass der Anhörungsbeauftragte eine Änderung nur bis spätestens fünf Tage vor Beginn der Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren zulassen kann. <p>Die maßgebliche Frist für eine Anhörungsbeschwerde für ein ordnungsgemäßes Verfahren gemäß Teil B beginnt an dem Tag neu zu laufen, an dem die Partei eine geänderte Anhörungsbeschwerde für ein ordnungsgemäßes Verfahren einreicht, einschließlich der Frist für eine Entscheidungssitzung.</p> <p>Sie können eine weitere Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren einreichen, die sich von einer bereits von Ihnen oder dem Schulbezirk eingereichten Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren unterscheidet</p> <p>Antwort des Schulbezirks auf eine Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren, die von einem Elternteil eingereicht wurde</p> <p>Wenn Sie die Partei sind, die eine Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren beantragt, und der Schulbezirk Ihnen keine vorherige schriftliche Benachrichtigung gemäß Teil B des IDEA über den Gegenstand Ihrer Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren zugesandt hat, muss der Schulbezirk Ihnen innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt der</p>

Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren eine Antwort zusenden, die Folgendes enthält:

1. Eine Erklärung, warum der Schulbezirk die in Ihrer Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren angesprochenen Maßnahmen vorgeschlagen oder abgelehnt hat;
2. Eine Beschreibung anderer Optionen, die das IEP-Team in Betracht gezogen hat, und die Gründe, warum diese Optionen abgelehnt wurden;
3. Eine Beschreibung jedes Beurteilungsverfahrens, jeder Beurteilung, jeder Aufzeichnung oder jedes Berichts, die der Schulbezirk als Grundlage für die vorgeschlagene(n) oder abgelehnte(n) Maßnahme(n) verwendet hat; **und**
4. Eine Beschreibung der anderen Faktoren, die für die vorgeschlagene(n) oder abgelehnte(n) Maßnahme(n) des Schulbezirks relevant sind.

Eine Antwort eines Schulbezirks gemäß diesem Abschnitt darf den Schulbezirk nicht daran hindern, geltend zu machen, dass Ihre Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren unzureichend war.

Antwort der anderen Partei auf eine Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren

Wenn der Schulbezirk die Partei ist, die die Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren beantragt, muss der Elternteil, der eine Anhörungsbeschwerde erhält, innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt der Anhörungsbeschwerde eine Antwort an den Schulbezirk senden, die speziell auf die in der Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren aufgeworfenen Fragen eingeht.

Meeting zur Lösungsfindung - 34 CFR 300.510; ARSD 24:05:30:08.12

Wenn Sie die Partei sind, die eine Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren beantragt, muss **der Schulbezirk** innerhalb von 15 Tagen nach Erhalt der Benachrichtigung über Ihre Beschwerde und vor der Einleitung der Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren ein Meeting zur Lösungsfindung einberufen, das:

1. Sie und die relevanten Mitglieder des IEP-Teams, die über **spezifische Kenntnisse** der in Ihrer Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren genannten Fakten verfügen, einbezieht;
2. Einen Vertreter des Schulbezirks einbezieht, der im Namen des Schulbezirks entscheidungsbefugt ist; **und**
3. keinen Anwalt des Schulbezirks einschließt, es sei denn, Sie nehmen in Begleitung eines Anwalts teil.

Sie und der Schulbezirk bestimmen die relevanten Mitglieder des IEP-Teams, die am Meeting zur Lösungsfindung teilnehmen.

Der Zweck des Meetings zur Lösungsfindung besteht darin, dass Sie Ihre Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren und die Fakten, die Ihrer Anhörungsbeschwerde zugrunde liegen, erörtern, damit der Schulbezirk die Möglichkeit hat, den Konflikt, der der Anhörungsbeschwerde zugrunde liegt, beizulegen.

Dieses Meeting zur Lösungsfindung ist erforderlich, es sei denn:

1. Sie **und** der Schulbezirk vereinbaren schriftlich, auf das Meeting zu verzichten; **oder**

2. Sie **und** der Schulbezirk einigen sich darauf, den in diesem Dokument beschriebenen Prozess der Mediation anzuwenden.

30-Tage-Frist zur Lösungsfindung

Wenn der Schulbezirk die Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren nicht innerhalb von 30 Tagen nach Eingang einer von Ihnen eingereichten Anhörungsbeschwerde zu Ihrer Zufriedenheit gelöst hat, kann die Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren stattfinden. Vorbehaltlich der nachstehenden Bestimmungen beginnt die Frist für den Erlass einer endgültigen Entscheidung im Rahmen einer Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren mit dem Ablauf dieser 30-Tage-Frist zur Lösungsfindung.

Sofern Sie und der Schulbezirk sich nicht darauf geeinigt haben, auf das Meeting zur Lösungsfindung zu verzichten oder anstelle eines Meetings zur Lösungsfindung eine Mediation durchzuführen, verzögert Ihre Nichtteilnahme am Meeting zur Lösungsfindung die Fristen für das Verfahren zur Lösungsfindung und die Anhörungsbeschwerde, bis das Meeting zur Lösungsfindung stattgefunden hat.

Wenn es dem Schulbezirk nicht gelingt, Ihre Teilnahme an dem Meeting zur Lösungsfindung zu erreichen, obwohl angemessene Anstrengungen unternommen und dokumentiert wurden, kann der Schulbezirk nach Ablauf der 30-tägigen Frist zur Lösungsfindung beantragen, dass ein Anhörungsbeauftragter Ihre **Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren abweist**.

Die Dokumentation der Bemühungen des Schulbezirks, Ihre Teilnahme an dem Meeting zur Lösungsfindung zu erreichen, muss eine Aufzeichnung der Versuche des Schulbezirks enthalten, einen einvernehmlich vereinbarten Zeitpunkt und Ort zu vereinbaren, wie z. B.:

1. Detaillierte Aufzeichnungen über die getätigten oder versuchten Telefonate und die Ergebnisse dieser Telefonate;
2. Kopien der an Sie gerichteten Korrespondenz sowie etwaige Antworten; **und**
3. detaillierte Aufzeichnungen über Besuche bei Ihnen zu Hause oder an Ihrem Arbeitsplatz und die Ergebnisse dieser Besuche.

Wenn der Schulbezirk das Meeting zur Lösungsfindung **nicht** innerhalb von 15 Tagen nach Erhalt der Benachrichtigung über Ihre Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren **abhält** oder **nicht** an dem Meeting zur Lösungsfindung **teilnimmt**, können Sie einen Anhörungsbeauftragten einschalten, um den Zeitplan für die Anhörung zu einem ordnungsgemäßen Verfahren einzuleiten.

Anpassung der 30-Tage-Frist für die Lösungsfindung - ARSD 24:05:30:08.14

Die 30-Tage-Frist zur Lösungsfindung wird angepasst, und die 45-Tage-Frist für die Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren beginnt am Tag nach Eintreten eines der folgenden Ereignisse:

1. Sie und der Schulbezirk vereinbaren schriftlich, auf das Meeting zur Lösungsfindung zu verzichten;
2. Nach Beginn der Mediation oder des Meetings zur Lösungsfindung, aber vor Ablauf der 30-Tage-Frist, vereinbaren Sie und der Schulbezirk schriftlich, dass keine Einigung möglich ist; oder
3. Wenn Sie und der Schulbezirk schriftlich vereinbaren, die Mediation nach Ablauf der 30-tägigen Lösungsfrist fortzusetzen, Sie oder der Schulbezirk sich jedoch später aus dem Mediations-Prozess zurückziehen.

	<p>Schriftliche Einigungsvereinbarung - ARSD 24:05:30:08.15</p> <p>Wenn im Meeting zur Lösungsfindung eine Einigung erzielt wird, müssen Sie und der Schulbezirk eine rechtsverbindliche Vereinbarung abschließen, die Folgendes erfüllt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Vereinbarung muss sowohl von Ihnen als auch von einem Vertreter des Schulbezirks unterzeichnet werden, der befugt ist, für den Schulbezirk zu unterschreiben; und 2. Vollstreckbar vor jedem staatlichen Gericht oder vor einem Bezirksgericht der Vereinigten Staaten. <p>Wenn Sie und der Schulbezirk bei einem Meeting zur Lösungsfindung eine schriftliche Vergleichsvereinbarung abschließen, können entweder Sie oder der Schulbezirk die Vereinbarung innerhalb von 3 Werktagen nach Unterzeichnung der Vereinbarung widerrufen.</p>
<p>Dinge, die zu beachten sind</p>	<p>Gegenstand der Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren - ARSD 24:05:30:09.05</p> <p>Sie oder der Schulbezirk, der die Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren beantragt hat, dürfen bei der Anhörung keine Punkte ansprechen, die nicht in der Anhörungsbeschwerde angesprochen wurden, es sei denn, die andere Partei stimmt dem zu.</p> <p>Die Entscheidung ist rechtsverbindlich, auch wenn Sie mit der Entscheidung nicht einverstanden sind.</p> <p>Wenn gegen eine Entscheidung Einspruch eingelegt wird, darf sie nicht vollstreckt werden, bevor der Einspruch rechtskräftig ist.</p> <p>Schulbezirke werden in der Regel von einem Anwalt vertreten.</p>
<p>Kosten</p>	<p>Der Schulbezirk muss Sie über kostenlose oder kostengünstige juristische und andere einschlägige Dienste informieren, die in Ihrer Nähe zur Verfügung stehen, wenn:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Sie solche Informationen verlangen; oder 2. Sie oder der Schulbezirk eine Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren einreichen <p>Wenn Eltern einen Anwalt beauftragen, müssen sie die Kosten dafür selbst tragen. Weitere Informationen zu den Anwaltskosten finden Sie weiter unten.</p>
<p>Zusätzliche Informationen</p>	<p>Endgültigkeit der Entscheidung</p> <p>Eine in einer Anhörung getroffene Entscheidung ist endgültig, es sei denn, eine an der Anhörung beteiligte Partei kann die Entscheidung auf dem Zivilrechtsweg anfechten.</p> <p>Zivilklagen - 34 CFR 300.516; ARSD 24:05:30:11</p> <p>Jede an einer Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren beteiligte Partei (Sie oder der Schulbezirk), die mit den Feststellungen und Entscheidungen des Anhörungsbeauftragten (einschließlich einer Anhörung zu einem Disziplinarverfahren) nicht zufrieden ist, hat das Recht, eine Zivilklage in Bezug auf die Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren einzureichen. Die Klage kann bei jedem einzelstaatlichen Gericht, das für diese Art von Fällen zuständig ist, oder bei einem Bezirksgericht der Vereinigten Staaten eingereicht werden, wobei der Streitwert keine Rolle spielt.</p> <p>Die Partei, die die Klage einreicht, hat ab dem Datum der Entscheidung des Anhörungsbeauftragten 90 Tage Zeit, um eine Zivilklage einzureichen.</p>

In der Zivilklage muss das Gericht:

1. Die Akten des Verwaltungsverfahrens erhalten;
2. Auf Antrag einer Partei zusätzliche Beweise anhören; **und**
3. auf der Grundlage der überwiegenden Beweislage den Rechtsbehelf gewähren, den das Gericht für angemessen hält.

Nichts in Teil B des IDEA schränkt die Rechte, Verfahren und Rechtsmittel ein, die gemäß der Verfassung, dem Americans with Disabilities Act von 1990, Titel V des Rehabilitation Act von 1973 oder anderen Bundesgesetzen zum Schutz der Rechte von Kindern mit Behinderungen zur Verfügung stehen, mit der Ausnahme, dass vor der Einreichung einer Zivilklage gemäß diesen Gesetzen, die auf Rechtsbehelfe abzielt, die auch gemäß Teil B des IDEA zur Verfügung stehen, die ordnungsgemäßen Verfahren zur Einreichung einer Anhörungsbeschwerde im gleichen Umfang ausgeschöpft werden müssen, wie es erforderlich wäre, wenn die Klage gemäß Teil B des IDEA eingereicht worden wäre.

Anwalts honorare - 34 CFR 300.517; ARSD 24:05:30:11.01

In jedem Verfahren, das gemäß Teil B des IDEA angestrengt wird, kann das Gericht nach eigenem Ermessen angemessene Anwaltsgebühren als Teil der Kosten zusprechen, **die der Schulbezirk zu tragen hat**, wenn Sie die obsiegende Partei sind. Ein Meeting zur Lösungsfindung gilt nicht als Meeting, das als Ergebnis einer Verwaltungsanhörung oder eines Gerichtsverfahrens einberufen wurde, und gilt auch nicht als Verwaltungsanhörung oder Gerichtsverfahren für die Zwecke dieser Anwaltsgebührenbestimmungen.

Das Gericht kann nach eigenem Ermessen angemessene Anwaltsgebühren als Teil der Kosten für ein obsiegendes Programm des Bildungsministeriums oder des Schulbezirks zusprechen, die **das Gericht von Ihrem Anwalt verlangen kann**, wenn Ihr Anwalt eine Klage in einer Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren oder einen nachfolgenden Klagegrund einreicht, der leichtfertig, unangemessen oder unbegründet ist, **oder** wenn Ihr Anwalt den Prozess fortgesetzt hat, nachdem der Rechtsstreit eindeutig leichtfertig, unangemessen oder unbegründet wurde.

Das Gericht kann nach eigenem Ermessen dem obsiegenden Bildungsministerium oder dem Schulbezirk auch angemessene Anwaltsgebühren als Teil der Kosten zusprechen, die **das Gericht entweder von Ihnen oder Ihrem Anwalt verlangen kann**, wenn Ihr Antrag auf eine Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren oder eine anschließende Klage zu einem unangemessenen Zweck eingereicht wurde, z. B. um Sie zu schikanieren, eine unnötige Verzögerung zu verursachen oder die Kosten des Rechtsstreits unnötig zu erhöhen.

Wenn Sie die obsiegende Partei sind, wird das Gericht den Betrag der Ihnen gemäß Teil B des IDEA zugesprochenen Anwaltskosten reduzieren, wenn das Gericht feststellt, dass Sie oder Ihr Anwalt im Laufe der Klage oder des Verfahrens:

1. Die endgültige Beilegung des Rechtsstreits in unangemessener Weise verzögert haben;
2. Die Gebühren Ihres Anwalts in unangemessener Weise den Stundensatz übersteigen, der von vergleichbaren Anwälten in der Gemeinde für ähnliche Dienstleistungen berechnet wird;

	<p>3. Die von Ihrem Anwalt aufgewendete Zeit und die von ihm erbrachten Rechtsdienstleistungen angesichts der Art des Verfahrens unverhältnismäßig sind; oder</p> <p>4. Ihr Anwalt der Schule in der Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren nicht die entsprechenden Informationen gegeben hat.</p> <p>Diese Kürzungsbestimmungen gelten nicht für Klagen oder Verfahren, wenn das Gericht feststellt, dass das staatliche Bildungsministerium oder der Bezirk die endgültige Lösung der Klage oder des Verfahrens unangemessen verzögert hat oder ein Verstoß gegen Teil B des IDEA vorliegt.</p>
<p>Beschleunigte Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren (Expedited Due Prozess Hearings)</p>	<p>Die Anforderungen an eine beschleunigte Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren kommen nur dann zum Tragen, wenn es sich um einen Anhörungsantrag handelt, der 1) eine disziplinarische Platzierung oder 2) eine Manifestationsfeststellung betrifft oder 3) wenn ein LEA der Ansicht ist, dass die Beibehaltung der derzeitigen Platzierung des Kindes mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer Verletzung des Kindes oder anderer Personen führen würde. Der Anhörungsbeauftragte kann nicht auf die beschleunigten Fristen verzichten.</p>

Feststellungen und Entscheidungen für das Beratungsgremium und die Öffentlichkeit

Das State Special Education Programs Office übermittelt die Feststellungen und Entscheidungen des Anhörungsbeauftragten nach Streichung aller personenbezogenen Daten an das staatliche Beratungsgremium und macht diese Feststellungen und Entscheidungen der Öffentlichkeit zugänglich.

Übertragung der elterlichen Rechte

Übertragung der elterlichen Rechte bei Volljährigkeit

34 CFR 300.520; ARSD 24:05:30:16.01

Wenn ein Kind mit einer Behinderung das Alter von achtzehn Jahren erreicht (außer bei einem Kind mit einer Behinderung, dessen Rechte beendet oder an eine andere Partei abgetreten wurden), gehen alle Rechte gemäß Teil B des IDEA von Ihnen auf Ihr erwachsenes Kind über, mit der Ausnahme, dass der Schulbezirk alle im Rahmen der Sonderpädagogik erforderlichen Benachrichtigungen sowohl Ihrem erwachsenen Kind als auch Ihnen zukommen lässt.

Wenn Ihr Kind in einer Justizvollzugsanstalt für Erwachsene oder Jugendliche, in einer staatlichen oder örtlichen Justizvollzugsanstalt inhaftiert ist, gehen alle Rechte gemäß Teil B des IDEA auf Ihr Kind über, sobald es 18 Jahre alt wird, also volljährig ist.

Der Schulbezirk benachrichtigt das Kind und Sie über die Übertragung der Rechte.

Wenn in Übereinstimmung mit dem staatlichen Recht festgestellt wird, dass ein anspruchsberechtigtes Kind, dessen Rechte nicht durch ein Gericht beendet oder an eine andere Partei übertragen wurden, **nicht** in der Lage ist, eine informierte Zustimmung zu seinem Bildungsprogramm zu geben, ernannt der Schulbezirk den Elternteil oder, falls der Elternteil nicht verfügbar ist, einen Ersatzelternteil, der die Bildungsinteressen des Kindes während der gesamten Dauer der Anspruchsberechtigung des Kindes gemäß Teil B des IDEA vertritt.

Akronyme und Definitionen

ARSD – Administrative Rules of South Dakota (Verwaltungsvorschriften von South Dakota) auf der Website des South Dakota Legislature Legislative Research Council:
<http://sdlegislature.gov/Rules/DisplayRule.aspx?Rule=24:05>.

Verhaltensinterventionsplan (Behavior Intervention Plan, BIP) – oder Verhaltensunterstützungsplan ist ein Plan, mit dem Lehrer Ersatzfähigkeiten vermitteln und Konsequenzen durch positive Verstärkung gewünschter Verhaltensweisen steuern.

Kind mit einer Behinderung – Ein Kind mit einer Behinderung ist ein Kind, bei dem gemäß §300.304 bis 300.311 festgestellt wurde, dass es eine geistige Behinderung, eine Hörbehinderung (einschließlich Taubheit), eine Sprach- oder Sprechbehinderung, eine Sehbehinderung (einschließlich Blindheit), eine schwerwiegende emotionale Störung (in diesem Teil als "emotionale Störung" bezeichnet), eine orthopädische Beeinträchtigung, Autismus, eine traumatische Hirnverletzung, eine andere gesundheitliche Beeinträchtigung, eine spezifische Lernbehinderung, Taubblindheit oder Mehrfachbehinderungen hat und deshalb sonderpädagogische und damit verbundene Dienstleistungen benötigt.

CFR – Code of Federal Regulations (Bundesgesetzbuch)

Zustimmung – Informierte Zustimmung bedeutet, dass Sie vollständig über alle Informationen in Bezug auf eine Aktivität informiert wurden, für die um Zustimmung gebeten wird.

Tag – bezeichnet einen Kalendertag, sofern nicht anders angegeben, einen Geschäftstag oder einen Schultag.

Ordnungsgemäßes Verfahren – ein rechtlicher Begriff, der sich auf Verfahren bezieht, die die Rechte einer Person schützen. In der Sonderpädagogik bedeutet "ordnungsgemäßes Verfahren", dass die erforderlichen Verfahrensgarantien eingehalten werden, und beschreibt auch den administrativen Anhörungsprozess (d. h. "Anhörungsbeschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren" und "Anhörung zu einem ordnungsgemäßen Verfahren").

Gesetz über Familienbildungsrechte und Datenschutz (Family Education Rights and Privacy Act, FERPA) – ist ein Bundesgesetz, das die Privatsphäre der Bildungsunterlagen von Schülern schützt.

Kostenlose angemessene öffentliche Bildung (Free Appropriate Public Education, FAPE) – Der Begriff "Kostenlose angemessene öffentliche Bildung" oder "FAPE" bedeutet sonderpädagogische und damit verbundene Leistungen, die auf öffentliche Kosten, unter öffentlicher Aufsicht und Leitung und kostenlos erbracht werden, den Standards der **staatlichen Bildungsbehörde (State Education Agency, SEA)** entsprechen, eine angemessene Vorschul-, Grundschul- oder Sekundarschulbildung in dem betreffenden Staat umfassen und in Übereinstimmung mit einem individualisierten Bildungsprogramm (IEP) erbracht werden.

Funktionale Verhaltensbeurteilung (Functional Behavioral Assessment, FBA) – Ein Prozess zum Sammeln von Informationen, um die Funktion (den Zweck) des Verhaltens zu verstehen und einen effektiven Verhaltensinterventionsplan zu erstellen.

Unabhängige pädagogische Beurteilung (Independent Educational Evaluation, IEE) – Sie haben das Recht, auf öffentliche Kosten eine **IEE** für Ihr Kind durchführen zu lassen, wenn Sie mit einer Beurteilung durch den Schulbezirk nicht einverstanden sind.

Individueller Erziehungsplan (Individual Education Plan, IEP) – Das Dokument, das Eltern gemeinsam mit dem Schulpersonal mindestens einmal jährlich erstellen und das die Leistungen für ein Kind mit einer Behinderung enthält.

IEP-Team – Die Gruppe von Personen, die Entscheidungen über die Identifizierung, Beurteilung, Platzierung und Bereitstellung einer kostenlosen angemessenen öffentlichen Bildung für ein Kind mit einer Behinderung treffen und die IEPs des Kindes entwickeln, überprüfen und überarbeiten.

Vorläufige alternative Bildungsumgebung (Interim Alternative Educational Setting, IAES) – Eine Platzierung, die sich von der im IEP des Kindes vorgesehenen unterscheidet, wobei das Kind weiterhin Zugang zum allgemeinen Lehrplan haben muss und Leistungen erhält, die es ihm ermöglichen, Fortschritte beim Erreichen der jährlichen IEP-Ziele zu erzielen. In Situationen, in denen es um Disziplin geht, wird ein Kind in einer alternativen Bildungsumgebung platziert.

Local Education Agency (LEA) – ein Schulbezirk oder eine andere öffentliche Behörde unter der Aufsicht des Ministeriums, der/die durch ein staatliches Gesetz eingerichtet wurde, um kostenlose öffentliche Bildung auf regionaler Basis anzubieten, und der/die auch sonderpädagogische und damit zusammenhängende Leistungen für Kinder mit Behinderungen innerhalb des Staates South Dakota anbietet.

Teil B – Der Teil des IDEA, der sich auf Leistungen für Kinder mit Behinderungen im Alter von 3-21 Jahren bezieht.

Teil C – Der Teil des IDEA, der sich auf Leistungen für Kinder von der Geburt bis zum Alter von 3 Jahren bezieht.

Personenbezogene Daten (Personally Identifiable Information, PII) – sind alle Daten, die eine bestimmte Person identifizieren könnten.

Verwandte Dienste – Transport und solche Entwicklungs-, Korrektur- und anderen unterstützenden Dienste, die erforderlich sind, um einem Kind mit einer Behinderung zu helfen, von der Sonderpädagogik zu profitieren.

Schultag – Jeder Tag, auch ein Teil des Tages, an dem Kinder zu Unterrichtszwecken in der Schule sind. Ein Schultag hat für alle Kinder in der Schule die gleiche Bedeutung, auch für Kinder mit und ohne Behinderungen.

SDCL – South Dakota Codified Laws (kodifizierte Gesetze von South Dakota)

SEA – State Educational Agency (Staatliche Bildungsbehörde): Die staatliche Bildungsbehörde oder eine andere Behörde oder ein Beamter, der in erster Linie für die staatliche Aufsicht über öffentliche Grundschulen und weiterführende Schulen zuständig ist.

Sonderpädagogik – Spezieller, für die Eltern kostenloser Unterricht, der auf die besonderen Bedürfnisse eines behinderten Kindes zugeschnitten ist, einschließlich des Unterrichts im Klassenzimmer, zu Hause, in Krankenhäusern und Heimen und in anderen Einrichtungen sowie des Sportunterrichts. Die Sonderpädagogik umfasst auch die folgenden Leistungen: Sprach- und Sprechtherapie oder andere damit verbundene Leistungen, wenn diese nach den staatlichen Standards als Sonderpädagogik und nicht als damit verbundene Leistungen gelten, Reise-Training und Berufsausbildung.

Übergangsdienste – Ein koordiniertes Bündel von Aktivitäten für ein Kind mit einer Behinderung, das (1) im Rahmen eines ergebnisorientierten Prozesses auf die Verbesserung der akademischen und funktionalen Leistungen des Kindes mit einer Behinderung ausgerichtet ist, um dem Kind den Übergang von der Schule zu Aktivitäten nach der Schule zu erleichtern, einschließlich postsekundärer Bildung, Berufsausbildung, integrierter Beschäftigung (einschließlich unterstützter Beschäftigung), Weiterbildung und Erwachsenenbildung, Erwachsenendiensten, unabhängiger Lebensführung oder Teilhabe an der Gemeinschaft; (2) auf den individuellen Bedürfnissen des Kindes basiert und die Stärken, Vorlieben und Interessen des Kindes berücksichtigt; und Folgendes umfasst: Unterricht, damit zusammenhängende Dienstleistungen, Erfahrungen in der Gemeinschaft, die Entwicklung einer Beschäftigung und anderer Ziele für das Leben als Erwachsener nach der Schule sowie gegebenenfalls der Erwerb von Fertigkeiten des täglichen Lebens und eine funktionale berufliche Beurteilung.